

# AstA ZEITUNG

U N I F R A N K F U R T - F R Ü H L I N G 2 0 2 1



**astA** 

**Wem gehört  
die Stadt?**



Hrsg. [AStA der Universität Frankfurt am Main](#)

V. i. S. d. P. AStA-Vorstand:  
Melissa Dutz  
Kyra Beninga  
Nils Zumkley  
Pia Troßbach  
Sebastian Heidrich  
Mathias Ochs

Anschrift Mertonstr. 26 – 28,  
60325 Frankfurt a. M.

Web [www.asta-frankfurt.de](http://www.asta-frankfurt.de)

Mail [info@asta-frankfurt.de](mailto:info@asta-frankfurt.de)

Redaktion AStA-Zeitungsreferat:  
Malte Tübbecke  
Finn Gölitzer  
Alexander Toumanides

Lektorat Rebecca Papendieck

eMail [zeitung@asta-frankfurt.de](mailto:zeitung@asta-frankfurt.de)

Gestaltung [gegenfeuer.net](http://gegenfeuer.net)

Druck Bechtle Verlag & Druck

Auflage 46 839

Jahrgang 2021

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht  
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder  
des AStA oder der Redaktion wieder.

In dem „Forum“ geben wir Raum für  
Diskussionen zu aktuellen Themen.  
Das jeweilige Thema wird durch einen  
auf der AStA Seite veröffentlichen  
Call for Papers vorgegeben. Wenn mehr  
Zuschriften eingehen, als Platz zur Ver-  
fügung steht, treffen wir eine Auswahl  
unter den Texten, um möglichst viele  
Sichtweisen zu Wort kommen zu lassen.

Die Rechte der Artikel liegen bei den  
Autor\*innen.

Eigentumsvorbehalt Liegen bei niemanden. Geben Sie diese  
Zeitung jeder x-beliebigen Person  
für x Äquivalente weiter.

# Editorial

Liebe Studis, liebe Leser\*innen,

das Problem beim Herausgeben einer nur vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift ist, dass es keine Möglichkeit gibt, noch auf aktuelle Entwicklungen einzugehen. Viele Texte mit aktuellen Bezügen müssen daher oftmals noch etwas in unserer Redaktion liegenbleiben, bevor sie dann endlich erscheinen können. In der Zwischenzeit passiert dann meistens noch so einiges, was wir gerne in der Ausgabe angesprochen hätten. So wäre die riesige Demonstration in Berlin nachdem das Bundesverfassungsgericht entschieden hatte, den Mietendeckel für verfassungswidrig zu erklären, sicher einen Bericht wert gewesen. Auch die extreme Polizeigewalt am 1. Mai in Frankfurt und in anderen Städten hätten wir gerne noch behandelt. Trotzdem sind wir glücklich diese Entwicklungen quasi antizipiert zu haben und euch trotzdem eine brandaktuelle Zeitung liefern zu können. Die zahlreichen Einsendungen zum Thema »Wem gehört die Stadt?« haben gezeigt, dass die Frage auf vielseitige Weise beschäftigt und das Thema nicht an politischer Dringlichkeit verloren hat.

Unseren Autor\*innen ist es dabei gelungen, sich dem Thema »Stadt« auf verschiedensten Weisen und Blickwinkeln anzunähern. Den Auftakt machen unsere Wohnraumreferenten Tim und Niklas, die der Frage auf den Grund gehen, welche Ursachen die studentische Wohnungsnot in Frankfurt hat und wie sich am besten dagegen vorgehen lässt. Im zweiten Beitrag zeigt Jonas Conrath, warum zu kurz greift, Hipster und Bioläden für überbezahlte Mieten verantwortlich zu machen. Leonie Wüst spricht sich in ihrem Text für eine feministische Aneignung der Stadt aus, die darin besteht sich Raum zu nehmen und präsent zu sein. Philipp Leserer zeigt am Beispiel der Grünen Lunge Konfliktlinien der sozialen und ökologischen Stadtpolitik auf und in einem Interview haben wir über einen Mietkampf im Gallus und Möglichkeiten der Organisation gesprochen. Auf diese und weitere Beiträge könnt ihr euch in dieser Ausgabe freuen. Viel Spaß beim Lesen!

Eure Redaktion



**Wir  
wünschen viel  
Spaß  
beim Lesen!**



## Online Wahlen

33

## Studentisches Wohnen in Frankfurt

05

## Transformation des urbanen Alltags

15



## Grüne Lunge Bleibt

11

## Kostenlose Menstruationsprodukte

31

## Flâneuserie, Flexen und sich die Stadt aneignen

09

## Mietkampf im Gallus

21

## Bilder einer Stadt

17

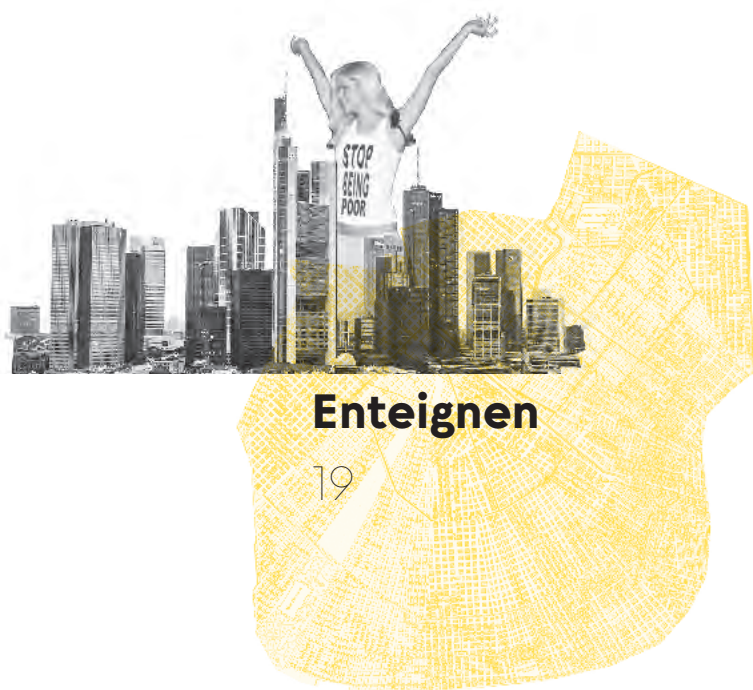
## Verdrängung durch Latte Macchiato

07



## Über Glasfronten und Betonplatte

13



## Enteignen

19

- 05 **Studentisches Wohnen in Frankfurt**  
Tim Hoppe & Niklas Lehrke
- 07 **Verdrängung durch Latte Macchiato**  
Jonas Conrath
- 09 **Flâneuserie, Flexen und sich die Stadt aneignen**  
Leonie Wüst
- 11 **Grüne Lunge Bleibt**  
Phillip Leserer
- 13 **Über Glasfronten und Betonplatten**  
Jannis Gebhard
- 15 **Transformation des urbanen Alltags**  
Regina Schleicher
- 17 **Bilder einer Stadt**  
Paul Vogt
- 19 **Enteignen**  
Phillip Leserer
- 21 **Mietkampf im Gallus (interview)**  
Redaktion
- 25 **Selbstvorstellung**
- 31 **Kostenlose Menstruationsprodukte**  
Feminismus Referat
- 33 **Online Wahlen**  
Pia Troßbach
- 37 **Call for Papers**  
»100 Jahre Antifaschismus«

# Studentisches Wohnen in Frankfurt

Die Lage ist beschissen – was tun?

Überhöhte Mieten, Wohnungen in schlechtem Zustand und ein akuter Mangel an Wohnheimplätzen. Kann man jungen Menschen das Studium in Frankfurt noch empfehlen? Wir werfen einen Blick auf die Ursachen der studentischen Wohnungsnot und mögliche Perspektiven.

Studieren in Frankfurt am Main: Für viele eine attraktive Option, wie die Zahlen an Bewerber\*innen und Neueingeschriebenen in den Bachelor- und Masterstudiengängen der Goethe-Universität Jahr für Jahr belegen. Die Universität warb über Jahre mit ihrem Exzellenzstatus, internationalen Kooperationen, moderner Infrastruktur und nicht zuletzt dem „schönsten“ Campus Europas. Was will man mehr?

Wohnen zum Beispiel. Wohnen will man nicht nur, das muss man sogar. Und hier bekommt die Fassade vom perfekten Studium in der Mainmetropole tiefe Risse. Wie wir alle zumeist aus eigener Erfahrung wissen, verläuft der Start in Frankfurt für viele Erstsemesterstudis alles andere als reibungslos. Ein oder zwei Besichtigungen reichen so gut wie nie, um ein WG-Zimmer zu finden; am Ende sind es meist zehn bis zwanzig. Für Studierende, die nicht bereits im Rhein-Main-Gebiet leben, beginnt hier der finanzielle Aufwand. Wer es sich nicht leisten kann, schon in den Monaten vor Beginn des Stu-

diiums mehrfach anzureisen, der\*die droht in der Orientierungswoche ohne Wohnung dazustehen.

Der AStA bot in solchen Fällen im Rahmen der Kampagne „Mieten? Ja wat denn?!“ Obdach in improvisierten Schlafsälen des Studierendenhauses. Die Notwendigkeit solcher selbst initiierten Not-schlafstellen für Studienanfänger\*innen mag für Studierende in anderen Städten absurd erscheinen, in Frankfurt ist sie zur Normalität geworden. Der durch Corona und Digitalstudium verursachte geringere Zuzug von Erstis sorgt in Frankfurt anders als in anderen Städten ebenfalls für keine Entlastung, wie eine Rückfrage beim Studenten[sic]werk ergab. Die Studierendenwohnheime sind voll und dies darf nicht verwundern. Das Studentenwerk Frankfurt am Main verfügt derzeit nur über rund 3.000 Wohnheimplätze, bei einer Zuständigkeit für mehr als 80.000 Studierende im gesamten Rhein-Main-Gebiet. Das Auseinanderklaffen von der Studierendenzahl und den vorhandenen Wohnheimplätzen lässt sich aber nicht einfach

auf eine versäumte Bauplanung des Studentenwerkes schieben. Vielmehr zeigt sich, dass dem rasanten Anstieg der Studierendenzahl seit der Jahrtausendwende keinerlei ernstzunehmende Planung und Finanzierung von entsprechenden Wohnheimkapazitäten auf Seiten des Bundes oder des Landes Hessen folgte. Dabei sind gerade in einer Stadt wie Frankfurt Wohnheime von enormem Wert für die Lage der Studierenden. Sie bieten immerhin in größerer Zahl Zimmer zu Mieten von weniger als 400 Euro im Monat. Für Frankfurter Studierende ist das bereits ein Schnäppchen.

Bekommt man keinen der heißbegehrten Wohnheimplätze, bleibt für über 90 Prozent der Studierenden nur die Suche nach einem Zimmer auf dem „freien“ Wohnungsmarkt. In der nach Mietpreisen zweit teuersten Stadt Deutschlands,<sup>1</sup> die von einem eklatanten Mangel an gefördertem Wohnraum gezeichnet ist, sind das nicht unbedingt rosige Aussichten. Die Folgen kennen wir alle: In Frankfurt wird jede noch so schlecht renovierte Wohnung für absurde Beträge vermietet. Wenn man Glück hat, ist in einem WG-Zimmer zu einem „normalen“ Mietpreis von ca. 450 Euro alles enthalten – neben Strom, Wasser und schlechtem Internet meist auch eine kaputte Gasleitung im Bad, eine bedingt funktionsfähige Heizung oder eine auseinanderfallende Küche. Wer bei solchen Preisen dann noch auf jährlich zu

beantragende Stipendien, ein störrisches Bafög Amt oder krisengebeutelte Nebenjobs angewiesen ist, bei der\*dem mag das Gefühl entstehen, dass für sie\*ihn in dieser Stadt kein Platz ist.

Es sei kein Platz, ist tatsächlich das häufigste Argument, das man zum Thema Wohnraum in Frankfurt hört. Unabhängig der Gesprächspartner\*innen lautet überall die Antwort, wenn es um die Frage nach den Möglichkeiten zur Schaffung von bezahlbarem studentischem Wohnraum in Frankfurt geht: Man würde gerne bauen, doch es fehle an Fläche. Dieser Einschätzung lässt sich in Teilen zustimmen, denn die der Stadt zur Bebauung verfügbar stehenden Flächen sind begrenzt und der Ankauf neuer entsprechend teuer. Dennoch muss die Erzählung der mangelnden Flächen erheblich aufstoßen, wenn man sich so manch eine Episode der Flächenplanung der letzten Jahre anschaut.

So wurde erst 2018 das bis dahin in der Hand des Landes Hessen befindliche Gelände des ehemaligen Polizeipräsidiums am Platz der Republik für mehr als 200 Millionen Euro an private Investor\*innen verkauft. Aus diesem Betrag wurde unter anderem ein Fonds gebildet, welcher 60 Millionen Euro für Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, insbesondere den Ankauf von Bauflächen, enthält. Abgerufen werden konnte von diesem Geld bis heute nichts, da laut der bisherigen Argumentation des grüngeführten hessischen Wirtschaftsministeriums geeignete, sprich günstige Flächen zum Erwerb fehlen würden. Die Absurdität dieser Argumentation ist erschlagend. Statt ein zentral gelegenes Grundstück an die Stadt Frankfurt oder gemeinnützige Träger zu überschreiben und für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums nutzbar zu machen, wurde dieses schlicht an einen privaten Bauträger verkauft.

Ein strukturell viel entscheidenderes Problem der kommunalen Wohnungspolitik ist jedoch ein anderes. Denn entgegen aller häufig gehörten Argumente vom Flächenmangel hat Frankfurt Platz. Mit einer Quote von rund 15 Prozent leerstehenden Büro- und Wohnflächen ist Frankfurt Spitzenreiter in Deutschland,<sup>2</sup> in absoluten Zahlen wird von etwa 10.000 leerstehenden Wohnungen im Stadtgebiet ausgegangen.<sup>3</sup> Der Frankfurter Wohnungsmarkt ist schon seit Jahren Spekulationsobjekt nationaler wie internationaler Anleger\*innen,<sup>4</sup> für die sich Leerstand mehr rentiert als jede Vermietung. Auch hier wäre das Land Hessen gefragt, mithilfe entsprechender Gesetze und Maßnahmen einzugreifen und die Leerstandsquote zu senken. Dumm nur, dass die CDU genau jenes Gesetz zum Verbot von Wohnraumzweckfremdung 2004 abgeschafft hat.<sup>5</sup>

Man macht es sich allerdings zu einfach, wenn man die Missstände einzig und allein auf die Landesebene schiebt. Es mangelt auch schlicht an politischem Willen vor Ort. Zwar wird unabhängig der Gesprächspartner\*innen Interesse und

guter Wille bezüglich der Lage Frankfurter Studierender geäußert, aber ein echtes Bewusstsein für die existenziellen Nöte der Betroffenen scheint nur bedingt vorhanden. Kurzum, es fehlt der politische Druck innerhalb der verantwortlichen Parteien, das Thema ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen.

In der Konsequenz bedeutet dies, den politischen Druck von Seiten der Zivilgesellschaft auf die stadtpolitischen Entscheider\*innen zu erhöhen. Dazu gehören Forderungen, wie den Ankauf von Flächen weiter voranzutreiben, Vorkaufrechte effektiver als bisher zu nutzen sowie die Quoten für die Schaffung von sozial gefördertem Wohnraum in den neuentstehenden Wohnquartieren deutlich zu erhöhen. Die an der Quartiersentwicklung beteiligten privaten Bauträger müssen im Rahmen ihrer Vorhaben entweder entschieden an gemeinwohlorientierte Standards gebunden oder durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierte Träger ersetzt werden. Ein wesentlicher Teil dieses politischen Drucks entspringt der Arbeit der außerparlamentarischen wohnungspolitischen Initiativen in Frankfurt, welche sich seit Jahren für die genannten Forderungen einsetzen. Generell gilt: Politischer Wille ist die Voraussetzung für politische Veränderung. Wenn wir als Studierende gehört werden wollen, müssen wir lautstark auf unsere Wohnungsnot aufmerksam machen.

Denn die Aufgabe politischer Entscheider\*innen ist es, die Vielfältigkeit der Stadt und ihrer Bewohner\*innen in die Stadtplanung miteinzubeziehen. Zu dieser Vielfältigkeit gehört auch anzuerkennen, dass Frankfurt eine Studierendstadt ist. Bei anhaltend negativer Entwicklung am Wohnungsmarkt stellt sich für uns jedoch zunehmend die Frage, ob man jungen Menschen noch guten Gewissens zu einem Studium in Frankfurt raten kann.

Tim Hoppe & Niklas Lehrke,  
Wohnraumreferenten des AStA

- 1 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1885/umfrage/mietpreise-in-den-groessten-staedten-deutschlands/> (Stand: 27.04.2021).
- 2 <https://www.gemeinschaftliches-wohnen.de/informationen/leerstandsmelder/> (Stand: 27.04.2021).
- 3 <https://www.fnp.de/frankfurt/wohnungsleerstand-frankfurt-13844903.html> (Stand: 27.04.2021).
- 4 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/immobilien-blase-muenchen-und-frankfurt-sind-laut-ubs-am-staerksten-ueberbewertet-a-8314ca02-9a9b-42b7-b1dc-c6c66d334930> (Stand: 27.04.2021).
- 5 <https://www.fr.de/frankfurt/cdu-politiker-laesst-wohnhaus-in-frankfurt-leer-stehen-90043940.html> (Stand: 27.04.2021).



# Verdrängung durch Latte Macchiato?

## Zur Kritik an sozio-kulturalistischen Erklärungsansätzen von Gentrifizierung

Gentrifizierungsprozesse sind komplex und lassen sich nicht einfach durch individuelle Wohnstandortsentscheidungen bestimmter Bevölkerungsgruppen erklären. Die Gründe für Verdrängung sind vielmehr auf einer politischen und ökonomischen Ebene zu finden.

Immer wieder kommt es vor, dass in nachbarschaftlichen Gesprächen, in Zeitungsartikeln oder auch auf Demonstrationen der Zuzug von Hipstern und Studierenden oder die Eröffnung von Bioläden und hippen Cafés als Hauptursachen von Gentrifizierungsprozessen benannt werden. Dabei ist dieser sozio-kulturalistische Erklärungsansatz nicht nur empirisch nicht belegbar, sondern auch stark verkürzt, und klammert den zunehmenden Einzug des Neoliberalismus in die Wohnungspolitik, das Streben der Immobilienbesitzer\*innen nach Profitmaximierung und Fragen der Vermögensverteilung nahezu vollständig aus. Zugute kommt dies insbesondere den Profiteur\*innen der Gentrifizierung, weil hier zwar suggeriert wird, über die vermeintlichen Ursachen von Verdrängung zu sprechen, auf die wirklichen Wirkmechanismen dabei jedoch nicht eingegangen wird.<sup>1</sup>

Vielmehr entsteht durch das Ausblenden politischer und ökonomischer Wirkzusammenhänge der Eindruck, Gentrifizierungsprozesse seien die Folge individueller Entscheidungen, was verunmöglicht, politische Antworten auf Verdrängungsprozesse zu finden. Aus diesem Grund bedarf es tiefgreifender Ansätze, die auch die politische und ökonomische Erklärungsebene miteinschließen und politische Handlungsalternativen gegen Gentrifizierung benennen.

Dahingehende Antworten kommen aus der kritischen Stadtforschung. Als eine Hauptursache von Gentrifizierungsprozessen wird hier die Ertragslücke (Rent-Gap<sup>2</sup>) zwischen den derzeit realisierten und den potentiell erzielbaren Mieteinnahmen identifiziert. Investitionen sind demnach für die immobilienwirtschaftlichen Akteur\*innen insbesondere an jenen Orten interessant, wo diese Lücke beson-

ders groß ist.<sup>3</sup> Ab wann solche Ertragslücken für Investor\*innen so attraktiv werden, dass sie tatsächlich investieren, steht in einem engen Zusammenhang mit dem Geschehen auf den globalen Finanzmärkten und kann zudem durch die politischen Rahmenbedingungen stark beeinflusst werden.

Solange in anderen Segmenten des Finanzmarktes (Aktien, Produktion von Gütern, Anleihen etc.) höhere Renditen erzielt werden können als im Immobiliensektor, kommt es auch nur zu geringen Investitionen im selbigen. Selbst vergleichsweise attraktive Stadtviertel mit hohen Ertragslücken bleiben dann vom Verdrängungsdruck verschont, weil kaum Investitionen erfolgen. Nicht durch einen plötzlichen Zuzug kreativer Bevölkerungsgruppen in die Städte, sondern durch den Mangel an anderen rentablen Investitionsmöglichkeiten ist die Zunahme von Gentrifizierungsprozessen seit der Finanzkrise 2008 zu erklären. Da überschüssiges Kapital anderweitig oftmals nicht rentabel reinvestiert werden kann, fließt es zunehmend in die gebaute Umwelt, da nur hier ausreichend hohe Renditen erzielt werden.<sup>4</sup> Aufgrund der Ökonomisierung des Grundbedürfnisses Wohnen, wird Wohnraum so zu einem Spielball des wachstumsgetriebenen Finanzkapitalismus. Dies sorgt insbesondere in Zeiten mangelnder Anlagealternativen dafür, dass Bewohner\*innen weniger rentabler Wohnungen für lohnendere Immobilienprojekte Platz machen müssen, damit das Kapital entsprechend des kapitalistischen Wachstumszwangs zirkulieren und sich vermehren kann. Dabei spielt es nur eine untergeordnete Rolle, welche Wohnungsmarktsegmente von der Stadtbevölkerung tatsächlich nachgefragt und benötigt werden.<sup>5</sup> Investiert wird in diejenigen







Projekte, die eine hohe Rendite versprechen. Immobilien haben sich längst von einem Gebrauchsgut zu einem global handelbaren Finanzprodukt entwickelt. Diese Finanzialisierung des Wohnungssektors stellt die Profitinteressen der Anleger\*innen über die Bedürfnisse der Stadtbewohner\*innen.<sup>6</sup>

Wie attraktiv und lohnend Investitionen in Immobilien sind und ob immobilienwirtschaftliche Verwertungsbestrebungen auch tatsächlich zu Verdrängung führen, hängt stark von den politisch/regulatorischen Rahmenbedingungen ab. Die öffentliche Hand hätte die Möglichkeit, großen Einfluss auf den Wohnungsmarkt auszuüben und regulatorisch im Interesse der Mieter\*innen einzugreifen. Allerdings lässt sich in der BRD mit dem Einzug des Neoliberalismus oftmals genau das Gegenteil erkennen: Wohnungspolitik wird zunehmend im Interesse der Investor\*innen gemacht. Mit dem Ausverkauf von kommunalen Wohnungsbeständen, dem Abbau von Sozialwohnungen, der Abschaffung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und der Schwächung des Mieter\*innenschutzes seien hier nur einige Entwicklungen genannt, durch die politische Rahmenbedingungen geschaffen wurden, die auf die Bedürfnisse von Investor\*innen ausgerichtet sind. In Frankfurt wird dies bei näherer Betrachtung des Bestandes an Sozialwohnungen deutlich. Während es hier im Jahr 1990

noch knapp 70.000 Sozialwohnungen gab, die fernab der profitorientierten Marktlogiken bestanden, beträgt die Anzahl heute nur noch 26.000.<sup>7</sup> Auch die Umwandlung der vormals gemeinnützigen städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG in eine profitorientierte Holding steht charakteristisch für die Neoliberalisierung der Wohnungspolitik. Würde der Staat also seinen Einfluss auf dem Wohnungsmarkt stärker geltend machen, würden Marktlogiken weniger stark über die Verteilung von Wohnraum entscheiden und Verdrängungsprozesse könnten so ausgebremst werden.

Deutlich wird also, dass Gentrifizierung kein natürlicher Prozess ist, der sich einfach durch individuelle Wohnstandortentscheidungen bestimmter Bevölkerungsgruppen erklären lässt. Vielmehr bedarf es eines umfassenderen Blicks, der die Geschehnisse auf den globalen Finanzmärkten und die politischen Rahmenbedingungen miteinschließt. Denn nur durch die Benennung der eigentlichen Ursachen von Gentrifizierung können nachhaltige

Gegen-Strategien entwickelt und den Fragen nach politischen Handlungsalternativen<sup>8</sup> nachgegangen werden. Bei entsprechendem politischen Willen gäbe es zahlreiche regulatorische Maßnahmen, um der Verdrängung entgegenzuwirken. Dazu könnte ein stärkerer Schutz von Mieter\*innen, die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit, der Ausbau von gefördertem Wohnraum oder auch die Enteignung großer profitorientierter Immobilienkonzerne gehören. Ziel sollte es also sein, Wohnraum zunehmend der Marktförmigkeit zu entziehen, um Gentrifizierungsprozesse vorzubeugen.

Jonas Conrath

- 1 Inga Jenssen / Sebastian Schipper, *Jenseits von schwäbischen Spätzlemanufakturen und kiezigen Kneipen – polit-ökonomische Perspektiven auf Gentrifizierung*, in: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft 48 (191), 2018, 317-324.
- 2 Der Rent-Gap beschreibt die Differenz (Ertragslücke) zwischen den derzeit realisierten und den durch Verkauf und Investitionen potentiell erzielbaren Erträgen. Mit den potentiell erzielbaren Erträgen ist »die profitabelste Verwertung eines Grundstückes gemeint, die sich ergäbe, wenn sich zukünftig die gewinnträchtigste Nutzung durchsetzen würde«. Tabea Latocha / Sebastian Schipper, *Wie lässt sich Verdrängung verhindern?*, in: sub\urban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung 1 (6), 2018, 51-76..
- 3 Andrej Holm, *Gentrification*, in: Bernd Belina u.a. (Hrsg.), *Handbuch kritische Stadtgeographie*, 2016, 102-108.
- 4 Siehe hierzu auch: David Harveys, *Ausführungen zum Zusammenhang von Kapitalüberschüssen und Investitionen in urbanen Räumen*, in: *Rebellische Städte*, 2016, 34ff.
- 5 So ist auch der häufige Mangel an preiswertem und der Überschuss an luxuriösem Wohnraum zu erklären. In Ersterem sind die Gewinnaussichten schlichtweg zu niedrig. Siehe hierzu auch: Andrej Holm, *Wohnung als Ware – Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsversorgung*, in: *Widersprüche* 31 (121), 2011, 12.
- 6 Susanne Heeg, *Immobilienmärkte*, in: Bernd Belina u.a. (Hrsg.), *Handbuch kritische Stadtgeographie*, 2016, 146-152.
- 7 <https://frankfurt.de/-/media/frankfurtde/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/amt-fuer-wohnungswesen/pdf/wohnungsmarktberichte/wohnungsmarktbericht-2016.ashx> (Stand: 19.03.2021).
- 8 Eric Clark fragt in seinem Aufsatz, wie Wohnungspolitik gestaltet werden müsste, damit die Rent-Gap-Theorie nicht mehr zutrifft. Vgl. Eric Clark, *Good urban Governance: Making rent gap theory not true*, in: *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 96 (4), 2014, 392-395.

# Flâneuserie, Flexen und sich die Stadt aneignen

Aus mehr als aktuellem Anlass kommt die Frage danach auf, wie sich Frauen in der Stadt bewegen (können), mit welchen Blicken, Belästigungen und Gewalterfahrungen sie konfrontiert sind, und wie sie sich als Gegenreaktion den Raum aneignen. Wie kann sich also das Flanieren für Frauen durchsetzen?

Ist die Rede vom Flanieren oder dem Flâneur im Spezielleren, geht es dabei meist um den weißen Mann, der sich als leidenschaftlicher Beobachter der Großstadt in die Masse einfügt und sich im Zuge dessen einerseits im Zentrum des Geschehens befindet, andererseits jedoch danach trachtet, unsichtbar zu bleiben.

Als Frau ist das Gefühl völliger Anonymität und Unsichtbarkeit in der Stadt ein Seltenes. Die Anonymität der Großstadt existiert nur für bestimmte Subjekte, vor allem für weiße Männer der Oberschicht, während sie Frauen, PoC, queeren Menschen oder Arbeiter\*innen verwehrt bleibt. Dem patriarchalen Blick ausgesetzt zu sein und Belästigungen und Gewalt zu erfahren, beeinflusst das weibliche Auftreten in Städten maßgeblich. Einige feministische Autor\*innen konstatieren daher, dass „das Modell des Flâneurs als ausschließende Trope [...] kritisiert werden sollte“<sup>1</sup>; andere beziehen sich auf den Flâneur als „Figur, die angeeignet“ werden müsse.<sup>2</sup> Während Erstere der Meinung sind, Frauen könnten nie ganz in der Unsichtbarkeit des Großstadtlebens verschwinden, weil sie stets dem männlichen Blick ausgesetzt seien, bestehen Zweitere auf der Annahme, der weibliche Flâneur bzw. die Flâneuse\* hätte schon immer existiert. Sie verweisen in ihrer Argumentation auf Autor\*innen wie Virginia Woolf, die in ihrem Aufsatz *Street Haunting: A London Adventure* aus dem

Jahr 1930 darüber schreibt, dass es für sie als Frau eine große Freiheit und Entspannung sei, die Straßen Londons für sich einzunehmen, zu entdecken und zu erkunden.<sup>3</sup> Die feministische Geografin Leslie Kern beschreibt in ihrem Werk *Feminist City*, welches 2020 in der deutschen Übersetzung im Unrast Verlag erschien, wie vor allem der schwangere Körper den Blicken und Belästigungen eines großstädtischen Treibens ausgesetzt ist. Durch ihren Bezug auf den schwangeren Körper verweist sie auf eine Leerstelle in den feministischen Schriften zur Flâneuse\* und versucht diese theoretisch zu füllen. So spricht Kern davon, dass vor allem Schwangere ungebetenen Berührungen, Belästigungen und Blicken ausgesetzt seien, die es nicht ermöglichen, ein Gefühl der Privatheit in der Masse zu erhalten, sondern sie zu einem öffentlichen Körper werden lassen.<sup>4</sup>

Abgesehen von der Frage nach der Flâneuse\* sei darauf hingewiesen, dass Städte im Allgemeinen an die Erwartungen der patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft angepasst sind und in diesem Sinne an die Bedürfnisse des weißen Mannes als Stadtbewohner. Dabei ist beispielsweise die Lage der Wohngebiete und Arbeitsplätze, der öffentliche Nahverkehr wie auch die Konzeption von Städten ein allgemeiner Ausdruck dessen, wer, wo, wann, welche Aktivitäten ausführen kann und soll.<sup>5</sup>



## Die Konzeption von Städten aus feministischer Perspektive

Moderne Städte wurden nicht, wie häufig angenommen, mit der Intention erbaut, die Doppelbelastung von Frauen in Bezug auf Lohnarbeit, Care- sowie Hausarbeit zu managen. Innerhalb der feministischen Geschichte der Planung und Gestaltung von Wohnsiedlungen und Häusern stand vor allem der Aspekt einer Kollektivierung der Kindererziehung wie auch der Hausarbeit im Fokus. Durch diese Kollektivierung sollte Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt, die Gleichstellung mit den Männern und die „intellektuelle Entwicklung“ erleichtert werden.<sup>6</sup> Indem sich Frauen gemeinsam organisieren, eignen sie sich den Raum und die Stadt durch eben diese Organisation an.

Aber zurück zum Flanieren selbst: Die Grundvoraussetzung des Flanieren-Könnens besteht in der Möglichkeit, sich uneingeschränkt und vor allem uneingeschüchtert im öffentlichen Raum zu bewegen. Als (junge) Frau ist ein freies Flanieren ohne Einschränkungen und Belästigungen kaum möglich: Ängstliche Gefühle auf dem nächtlichen Nach-Hause-Weg, der direkte Griff zum Handy, um mit Freund\*innen zu telefonieren (was in meiner Vorstellung einen gewissen Schutz vor Übergriffen bieten sollte), oder aber der Schlüsselbund, der fest im Handgriff verankert ist, um sich wehren zu können, sind nur ein paar meiner eigenen Erfahrungen. All diese Mechanismen sind (jungen) Frauen verinnerlicht und gehören zur weiblichen Subjektivierung. Sie bestimmen die Art und Weise, wie sich Frauen in der Öffentlichkeit bewegen – immer wachsam. Gerade darin liegt der Hauptunterschied zum männlichen Flâneur, der sich aufgrund seines Geschlechts frei bewegen kann, ohne sich Gedanken über das Bewegen zu machen.

Wie kann sich also das Flanieren auch für Frauen durchsetzen? Und was bedarf es für die Flâneuse\*, um sich uneingeschränkt die Stadt anzueignen?

Sich als Frau des Flanierens zu ermächtigen, bedeutet, den patriarchalen Blick anzugreifen und sich den Raum zu nehmen, um die Großstadt in all ihren Facet-

# »Die Anonymität der Großstadt existiert nur für bestimmte Subjekte, vor allem für weiße Männer der Oberschicht, während sie Frauen, PoC, queeren Menschen oder Arbeiter\*innen verwehrt bleibt.«

ten wahrnehmen und genießen zu können. Dabei soll die Stadt all jenen gehören, die in ihr auftreten, leben und flanieren. Die Frage danach, wie sich Frauen heute auf den Straßen bewegen (können), ist dabei weder eine ausschließlich akademische noch eine unbedeutende. Damit unmittelbar in Zusammenhang stehen Aspekte ungleicher Machtverteilung und Herrschaft:

„Seit dem 19. Jahrhundert ist die Flânerie, also das Phänomen, über das Benjamin theoretisiert und das Baudelaire gefeiert hat, nicht nur das Privileg des bürgerlichen, gebildeten, wohlhabenden und weißen Mittelstands gewesen, sondern vor allem eines der Männergesellschaft.“<sup>7</sup>

Somit wird deutlich, wie sehr vor allem Frauen vor der Frage stehen: *Wie sich die Straße und die Stadt aneignen, die nicht für mich gebaut wurde, die nicht dafür gemacht wurde, mir zu gehören?*

## Von der Frauenbewegung zum Flexen

In diesem Zusammenhang darf vor allem die Frauen„bewegung“ nicht nur als Metapher begriffen, sondern muss im wörtlichen Sinne ernst genommen und umgesetzt werden.<sup>8</sup> Solange Frauen auf den Straßen Belästigungen, Überwachung und Gewalt ausgesetzt sind, solange sieht sich die Flâneuse\* mit zunehmenden Schwierigkeiten konfrontiert. Solange also der männliche Blick immanent ist, bleibt Frauen ein freies Bewegen und Flanieren in den Städten verwehrt.

Es geht vor allem darum, sich als Frau einen Platz in dieser Tradition zu erkämpfen. Mit dem Bild des Stock und Hut tragenden weißen Mannes, das beim Sprechen über den Flâneur omnipräsent ist, zu brechen. Das Wort Flâneuserie ist noch in keinem Wörterbuch zu finden, weshalb verschiedene Frauen, queere Menschen und PoC in einem 2019 erschienenen Buch ein neues, schon vorhandenes Wort dafür einbringen: Flexen. Zu Beginn des Buchs beschreiben die Autor\*innen den Begriff in seinen verschiedenen Bedeutungsebenen:

„Flex|en, das, – kein Pl.: 1. trennschleifen 2. biegen 3. Sex haben 4. das Variieren der Geschwindigkeit beim Rap 5. die Muskeln anspannen 6. seine Muskeln zur Schau stellen 7. Flâneuserie.“<sup>9</sup>

Dabei geht es darum, den Begriff des Flanierens neu zu erfinden und zu erweitern. Die Frage danach, ob es dafür wirklich eines neuen Begriffs bedürfe, beantworten die Autor\*innen mit einem entschlossenen „Ja“. Gerade deshalb, weil es für Frauen bis dato noch keinen Platz in der Flânerie gibt. Als Frau bedeutet die Bewegung in den Städten entweder „aufpassen“, „gesehen werden“ oder „unsichtbar sein“.<sup>10</sup> Damit gilt es zu brechen. Flexen bedeutet, an Orten zu sein, die für die Flâneuse\* erst einmal nicht vorgesehen scheinen, sich den Raum zu nehmen und präsent zu sein.<sup>11</sup> Also, lasst uns Flexen!

Leonie Wüst

1 Kern, *Feminist City*, 2020, 31.

2 Vgl. Kern, 31.

3 Vgl. ebenda.

4 Vgl. Kern, 33.

5 Vgl. ebenda.

6 Vgl. Rodenstein, *Wege zur nicht-sexistischen Stadt. Architektinnen und Planerinnen in den USA*, 1994, 53f.

7 Gleber, *Die Frau als Flâneur und die Sinfonie der Großstadt*, in: Katharina von Ankm (Hrsg.), *Frauen in der Großstadt – Herausforderung der Moderne?*, 1999, 62.

8 Vgl. Gleber, S. 67.

9 Özlem Özgül Dündar / Ronya Othmann / Mia Göhring / Lea Sauer (Hrsg.), *Flexen – Flâneusen\* schreiben Städte*, 2019, 9.

10 Vgl. Dündar, 9.

11 Vgl. ebenda.



# Grüne Lunge Bleibt

Anhand des Kampfes um die Grüne Lunge lassen sich unterschiedliche Konfliktlinien der sozialen und ökologischen Stadtpolitik aufzeigen.

## Ökologische und soziale Wohnraumpolitik

Nördlich des Günthersburgparks im Frankfurter Nordend verbirgt sich mit der Grünen Lunge eine 16 ha große Grünfläche, die man so in der Stadt nicht vermuten würde. Abgesehen von der ökologischen Bedeutung dieses Raumes, ist die Grüne Lunge – wenn einmal der Eingang gefunden wird – ein frei zugänglicher Ort. Die Grüne Lunge stellt mit ihren Gärten und kleinen Wegen ein ökologisches Erholungsgebiet dar. Sie ist geprägt von wilden Gärten, einer großen Biodiversität und Teil der drittgrößten Frischluftschneise Frankfurts. Damit hat die Fläche einen entscheidenden Einfluss auf das städtische Klima – vor allem auf die Stadtteile Bornheim und Nordend. Eine Versiegelung dieser Fläche hätte nicht nur Auswirkungen auf das städtische Klima, sondern auch auf den Wasserhaushalt im nordöstlichen Stadtgebiet.

Trotz alledem sollen auf diesem für das innerstädtische Klima so wichtigen Ort unter dem Namen *Günthersburghöfe* bis zu 1.500 Wohnungen gebaut werden. Vor allem das Unternehmen *Instone Reale Estate*, eine finanzialisierte Wohnungsbau-gesellschaft, welche vor allem Wohnungen im hochpreisigen Sektor anbietet, steht dabei im Mittelpunkt. Ihr Ziel ist es, anhand von Ertragslücken möglichst hohe Profite zu generieren.

Die Gärten in der Grünen Lunge unterliegen dem Eigentumsrecht verschiedener Akteur\*innen und auch die städtischen Flächen werden verpachtet. Als Ganzes ist die Grüne Lunge allerdings keineswegs exklusiv. Zum einen steht das Gelände allen Menschen für einen Aufenthalt oder Spaziergang auf diesem Stück „urbaner Natur“ zur Verfügung. Natürlich darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es

auch eine Abgrenzung zum umliegenden Gebiet durch Zäune gibt. Seit mehr als zwei Jahren jedoch wurden und werden viele der Gärten, die verwildert sind oder leer stehen, von verschiedenen Leuten angeeignet. Außerdem gibt es auf dem Gelände ein Urban Gardening Projekt, welches kollektiv und ökologisch Gemüse angebaut. Daneben existieren politische Initiativen und Gruppen, die für ihre Arbeit die Gärten temporär oder dauerhaft besetzen und die Aneignung als Teil ihrer politischen Arbeit verstehen. Beispielsweise werden Strukturen aufgebaut, die eine zukünftige Räumung erschweren sollen. Insgesamt wird die Grüne Lunge also als Ort für politische Prozesse und kollektive Formen der Organisation und Produktion genutzt.

Auch die am Projekt *Günthersburghöfe* beteiligte städtische Wohnungsbau-gesellschaft *ABG* steht in der Kritik, da sie nicht gemeinwohlorientiert, sondern nach wirtschaftlichen Interessen handelt und somit die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nicht oberste Priorität besitzt.<sup>1</sup> Zusammen mit *Instone Real Estate* wurde Mitte Februar 2021 eine Imagekampagne unter dem Motto *Nordend für alle* ins Leben gerufen, über die versucht wird, mit fadenscheinigen ökologischen und sozialen „Argumenten“ für das Projekt der *Günthersburghöfe* zu werben und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Kampagne stellt aus vielerlei Hinsicht einen Angriff auf Wohnraumin Initiativen dar. Schließlich suggeriert der Name, es würde sich hier um ein soziales Bauprojekt handeln. Darüber hinaus wird auf die Initiative *Eine Stadt für Alle! – Wem gehört die ABG?* angespielt, welche als eine der wichtigsten Initiativen der letzten Jahre rund um Themen wie Wohnraum, Verdrängung und Wohnungsbaupolitik betrachtet werden kann.<sup>2</sup>

Das Beispiel der Grünen Lunge zeigt auch, wie eine neoliberale Umwandlung des Wohnungsmarktes dazu geführt hat, dass Wohnraum nicht mehr als Grundrecht gesehen wird, sondern als profitable Ware und staatliche Interventionen zu einer Ausnahme geworden sind. Zwar versprach der Frankfurter Planungsdezernent Mike Josef (SPD) 500 geförderte Wohnungen – von diesen gehört jedoch nur die Hälfte zum sozialen Wohnungsbau. Dass bei der Bewerbung der *Günthersburghöfe* das ökologische Bauen und die begrünten Gebäude angepriesen werden, deutet zudem eher auf eine Form der *Green Gentrification*<sup>3</sup> hin, als auf eine wirklich ökologische Planung. Klar ist auch, dass der geplante Anteil an gemeinschaftlichem Wohnen für viele Initiativen durch den hohen Erbbauzins nicht bezahlbar sein wird. Das Märchen, vermehrtes Bauen führe zu sinkenden Mieten, soll verschleiern, was wirklich passiert: Der Bau von hochpreisigen Wohnungen führt zu teurem Wohnraum!

Als Gegenforderung muss in die Offensive gebracht werden, dass die Grüne Lunge erhalten bleibt und eine kollektive, unkommerzielle Nutzung für Politik, Kultur usw. möglich gemacht wird. Auch die Forderung nach 100 Prozent sozialem Wohnungsbau auf den bereits versiegelten Randflächen muss erkämpft werden, da dies vermutlich weit über 500 bezahlbare Wohnungen ermöglichen würde. Dies würde die jetzige Planung um einiges übersteigen und somit den Preisdruck im Nordend ein wenig abfedern.

## Eine ökologische Stadt für Alle

Anhand der Grünen Lunge ist exemplarisch zu sehen, wie immer wieder versucht wird, die soziale gegen die ökologische Frage auszuspielen: Günstiger Wohnraum

vs. Erhalt von Grünflächen. Diese Argumentation scheidet aber zum einen daran, dass kaum bezahlbarer Wohnraum gebaut wird, und zum anderen daran, dass außen vor gelassen wird, dass die ökologische Frage auch immer eine soziale ist.

Die Tatsache, dass Wohnraum vor allem im Urbanen eine Klassenfrage ist, gerät allzu oft in den Hintergrund sowie auch der Umstand, dass ökologische Folgen innerhalb der Stadt zumeist auf den Schultern der Ärmsten abgeladen werden. Stadtteile und Quartiere, in denen überwiegend ärmere und migrantisierte Menschen leben, sind am stärksten von Schadstoffbelastung, Lärm, schlechten Wohnverhältnissen und dichter Bebauung – sprich wenig Grünflächen – betroffen. Um dies einmal zu veranschaulichen: Die Mieten an viel befahrenen Straßen sind günstiger als in verkehrsberuhigten Wohngebieten. An den stark frequentierten Verkehrswegen ist die Schadstoffbelastung durch Autoabgase jedoch viel höher, was mit negativen gesundheitlichen Folgen und einer kürzeren Lebenserwartung für die Bewohner\*innen einhergeht. Außerdem wohnen niedrige Einkommensklassen häufiger in Wohnräumen mit Feuchteschäden, Schimmelpilzbefall und Schadstoffbelastung. Im Zusammenhang mit einem ungerechten Zugang zu Umweltressourcen – wie Parks und Grünanlagen – kann hier von einer sozial-ökologischen Segregation gesprochen werden. Grün- und Freiflächen können die ökologischen Folgen in der Stadt abmildern und wahrgenommene Lebensqualität und Gesundheit verbessern. Eine hohe Bevölkerungsdichte, wenige Parks und Wasserflächen betreffen aber vor allem Stadtteile prekarierteter Menschen. Verstärkt wird dies noch durch einen ungerechten Zugang zu Mobilität marginalisierter Menschen und den dadurch eingeschränkten Zugang zu Naherholungsgebieten. Die Stadt im Kapitalismus ist also maßgeblich durch eine sozial-ökologische Segregation bestimmt, in der Wohnraum immer mehr einen Warencharakter annimmt, um kapitalistisch verwertet zu werden.<sup>4</sup>

Für wohnungspolitische Initiativen bedeutet dies, ökologische Aspekte mitzudenken, da auch hier eine Form der sozialen Segregation stattfinden kann. Vor allem müssen sie jedoch darauf gefasst sein, dass versucht wird, soziale und ökologische Aspekte gegeneinander auszuspielen. Diese Auseinandersetzung ist nicht immer widerspruchsfrei, jedoch ist und bleibt die ökologische Frage in der Stadt immer auch eine soziale. Auch der Kampf um die Grüne Lunge kann nur dann gewonnen werden, wenn beide Aspekte zusammengedacht werden und eine soziale, ökologische Alternative aufgezeigt wird, mit deren Hilfe Wohnraum in eine nicht profitorientierte, demokratische Verwaltung überführt werden kann.

Philipp Leserer



- 1 Vgl. Eva Kuschinski, Sozialer Wohnungsbau lohnt sich nicht - Ökonomisierung der Frankfurter Wohnungspolitik am Beispiel der ABG Frankfurt Holding, in: Susanne Heeg und Marit Rosol (Hrsg.), Gebaute Umwelt. Aktuelle stadtpolitische Konflikte in Frankfurt am Main und Offenbach, 2014, 23-39.
- 2 Vgl. <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-abg-und-instone-kaempfen-fuer-guenthersburghoefe-90202482.html> (Stand: 17.02.2021).
- 3 Unter Green Gentrification wird die Miet- und Preissteigerung durch die ökologische Aufwertung von Quartieren und Stadtteilen verstanden.
- 4 Vgl. Hendrik Sander, Städtische Umweltgerechtigkeit. Zwischen progressiver Verwaltungspraxis und sozial-ökologischen Transformationskonflikten, 2019, 2-9.

# Über Glasfronten und Betonplatten

Eine Kritik aktueller Stadtentwicklung und eine Liebeserklärung an den Campus Bockenheim

Steigende Mietpreise sind kein neues Phänomen, sondern schon seit längerem in Großstädten wie Frankfurt ein Problem. Für Viele, unter anderem Studierende, wird es immer schwieriger eine Wohnung in der Stadt bezahlen zu können. Eine »Wohnraumoffensive« soll helfen, doch für wen wird hier gebaut und was benötigt eine Stadt, um ihren Bewohner\*innen ein gutes Leben zu ermöglichen?

## Stadt für Wenige?

Mit dem sich in den letzten Bauschritten befindlichen, brandneuen *One Forty West* erhält Bockenheim nun seinen lang ersehnten Nachfolger des AfE-Turms. Es ist der nächste verglaste Tempel des „Highlife“ in Frankfurt und wie es der Name schon verrät, ist diese wilde Mischung aus Hotelgebäude und „Premium-Wohnen“ kein Ort für alle, sondern mehr eine Festung (engl. „fort“) für diejenigen, die es sich leisten können. Doch abseits der Frage, wie rechteckig, gläsern und futuristisch moderne Architektur eigentlich sein muss, setzt sich hier ein aktueller Trend fort. Seien es die Wohnungen rund um das Bockenheimer Depot oder die weiter westlich liegenden Neubausiedlungen am Rebstock: Auch Bockenheim wird zusehends zugebaut mit immer gleich aussehendem, hochpreisigem Wohnraum. Es scheint, als ob sich der Dämon des kapitalistischen Plattenbaus für Spitzenverdienende seinen Weg aus dem Europaviertel in Richtung Bockenheim bahnt.

## Der Campus Bockenheim als Antithese

Inmitten dieser exklusiven Gebäudebrocken laden die heruntergekommenen Betonplatten mit den quadratischen Holzsitzbänken des alten Campus Bockenheim als einer der letzten Freiräume des Viertels zum Verweilen ein und werden

zum Treffpunkt für Viele. Auch wenn der Platz ästhetisch betrachtet vielleicht nicht der Modernste oder „Schönste“ ist, steht gerade dieser Eindruck von Zerfall jenem Schein von klinischer Sauberkeit der Neubauten entgegen und macht seine Atmosphäre aus. Dabei ist der Campus nicht ausschließlich ein Ort für Studierende, sondern wird von einer auffallend vielfältigen Gruppe an Menschen genutzt. Repräsentativ dafür ist der Wandel des ehemaligen Studierendenhauses zum *Offenen Haus der Kulturen*, welches das Ziel verfolgt, ein vielfältiger, kultureller Freiraum Frankfurts jenseits von „Kapitalismus, Rassismus, Patriarchat und Nationalismus“ zu bleiben<sup>1</sup>. Dass selbstverwalteter, alternativer Raum in Zeiten einer fortschreitenden Ökonomisierung von Wohnraum keine Selbstverständlichkeit ist, zeigen die Kämpfe der Bockenheimer Bürger\*innen und ihrer Initiativen, die sich seit über 10 Jahren gegen den Abriss des ehemaligen Studierendenhauses einsetzen. Trotz vorhandenem Konzept, öffentlicher Kampagnen und breiter gesellschaftlicher Unterstützung bleibt der Verbleib unsicher und ist noch nicht endgültig geklärt. Auch das ehrenamtliche und spendenbasierte Projekt der *Ada Kantine*<sup>2</sup> in der ehemaligen Akademie der Arbeit, das kostenlose Essen, aber darüber hinaus auch ein wechselndes Programm wie zum Beispiel Filmabende anbietet, gibt Hoffnung. Der Campus ist

der Gegenentwurf zu exklusiven, klinisch gepflegten Bürokomplexen, Hotels und Neubausiedlungen. Während Letztere abgeschlossene, nicht zugängliche Räume sind, ist der Campus ein öffentlicher und offener Ort, an dem Begegnungen und gegenseitiger Austausch für jede\*n ermöglicht werden. Er ist außerdem auch aufgrund seiner Lage gut in das Stadtviertel integriert und dadurch deutlich zugänglicher als es beispielsweise der Campus Westend oder auch der Campus Riedberg sind. Das hat zur Folge, dass Universität dort immer mehr ein Ort des reinen „Studierens“ wird und ein Diskurs über Themen außerhalb der eigenen Fachdisziplin verloren geht. Nichtsdestotrotz

»... doch Stadtplanung muss das materielle, soziale und ökologische Wohl aller in der Stadt lebenden Personen berücksichtigen.«

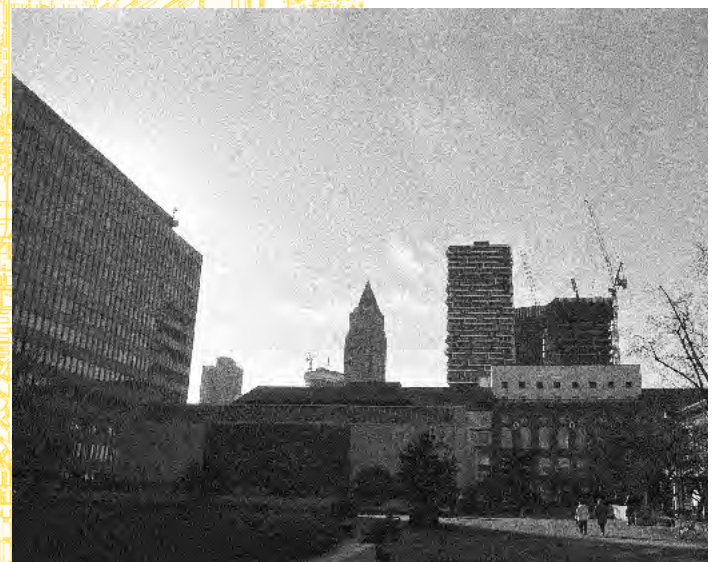
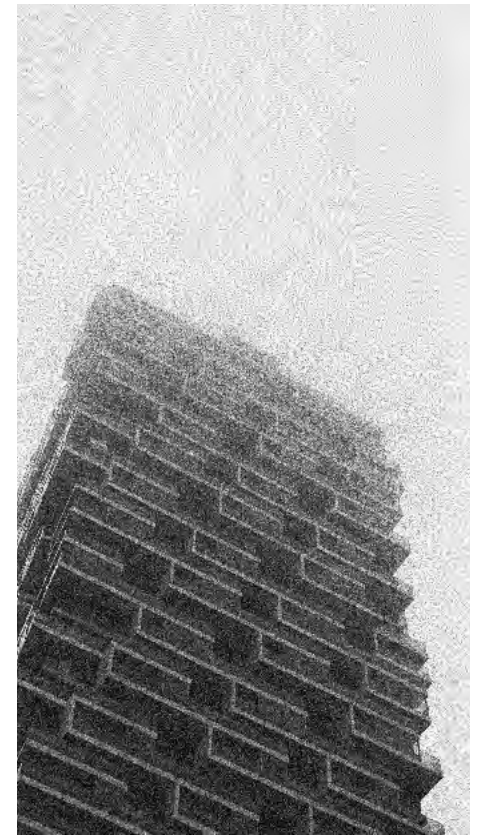
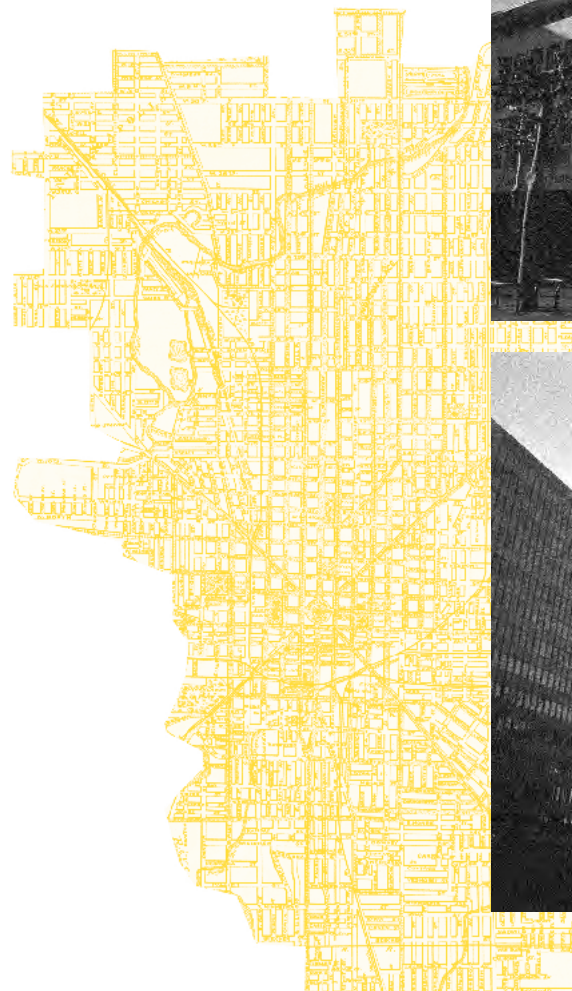
ist unsicher, wie sich das Klima auf dem Campus Bockenheim verändern wird, nachdem die letzten Teile der Goethe-Universität umgezogen sind und der geplante „Kulturcampus“ errichtet ist. Es bleibt zu hoffen, dass das Gelände weiterhin ein Ort der Offenheit, Gelassenheit und Gemeinschaft bleibt.

#### Stadt für alle!

Vielleicht mögen Hotels und hochpreisige Wohnungen für die Profitinteressen eines vermögenden Teils der Gesellschaft von Vorteil sein, doch Stadtplanung muss das materielle, soziale und ökologische Wohl aller in der Stadt lebenden Personen berücksichtigen. Dazu gehören unter anderem mehr günstiger Wohnraum, mehr Platz für alternative Projekte und ausreichend Grüne Lungen. Besonders Studierende sind in der Regel auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Selbst mit einer Nebentätigkeit benötigt man als Student\*in Glück und Geduld bei der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung oder einem preiswerten WG-Zimmer. Fallen die Nebeneinkünfte plötzlich weg, wie momentan während der Corona-Pandemie, wird Leben in Frankfurt für Viele nicht mehr möglich. Private Studierendenwohnheime, deren Preise erst ab 800 € monatlich für ein Einzimmerapartment beginnen, sind hier definitiv nicht die Lösung.

Damit die Stadt ein Ort für alle Menschen wird, muss dafür gesorgt werden, dass sich jede\*r die Stadt leisten und sich hier wohlfühlen kann. In einer kapitalistischen Stadt wie Frankfurt wird der verfügbare Platz jedoch überproportional von einem vermögenden Teil der Gesellschaft besetzt und ein Großteil der Bevölkerung somit aktiv aus der Stadt ausgeschlossen. Offene, gemeinschaftlich genutzte Räume, an denen alle partizipieren, Ideen ausgetauscht und nicht-gewinnorientierte Projekte entstehen können, verschwinden zusehends. Deshalb gilt es, Orte wie den Campus Bockenheim, die dieser zu kritisierenden Entwicklung Frankfurts gegenüberstehen, zu bewahren und mehr solcher Orte zu schaffen.

Jannis Gebhard



1 <https://www.ohdk.de/about/konzept>  
(Stand: 31.03.2021).

2 <https://ada-kantine.org/ueber-uns/>  
(Stand: 31.03.2021).

# Transformation des urbanen Alltags

»Planer, Programmatiker, Benutzer rufen nach Anweisungen. Zu welchem Zweck? Um die Leute glücklich zu machen. Um ihnen zu befehlen, glücklich zu sein.

Merkwürdige Vorstellung vom Glück.« (Henri Lefèbvre)



Nur auf den ersten Blick scheint das Zitat von Lefèbvre, das die Planungen „von oben“ ohne Beteiligung der Leute als Problem benennt, Folgendes auf den Punkt zu bringen: Wer den heutigen urbanen Alltag betrachtet, vermisst selbst die genannte Zweckbestimmung glücklich zu machen, oder den Befehl dies zu sein. An Lefèbvres „Revolution der Städte“ anzuknüpfen bedeutet jedoch nicht, die Analysen auf die heutigen Verhältnisse zu übertragen, sondern neue Antworten auf seine Fragen zu finden.

## 1. Wie stellt sich der heutige städtische Alltag dar?

Der städtische Alltag lässt sich nicht als Passivität der Bewohner\*innen beschreiben. Viele Einzelpersonen und ebenso viele Initiativen experimentieren und erschaffen im Kleinen eine neue Urbanität, die sich durch eine Teilhabe an der Gestaltung auszeichnet. Eine solche Teilhabe ist nicht genehmigungspflichtig und es muss nicht zu ihr eingeladen werden. Jedes Beet, jedes bestrickte Gelände,

jeder bemalte Stein im öffentlichen Raum drückt diese Teilhabe und die Forderung nach mehr aus. Jede Veranstaltung, jedes Treffen, jeder Streit im Offenen Haus der Kulturen<sup>1</sup> stellt bereits eine Übernahme des Hauses dar und fordert mehr ein. Die Stadtbewohner\*innen sind nicht passiviert. Sie sind aktiviert und bringen selbst eine neue Urbanität hervor.

## 2. Was ist Wohnen?

Wird Wohnen tatsächlich mit der urbanistischen Rationalität auf „elementare Funktionen wie Essen, Schlafen und Fortpflanzung“<sup>2</sup> reduziert? Wohnen ist auch im Französischen ein Verb und drückt eine Aktivität aus. Kein Wohnen lässt sich auf die hier sogenannten elementaren Funktionen reduzieren. Wohnen bedeutet immer auch Gestalten. Das Problem ist jedoch, dass nicht einmal die urbanistische Rationalität herrscht, sondern ein Regime, dass es nicht allen – und immer weniger Menschen – ermöglicht zu Wohnen. Die Bewohnbarkeit der Stadt kann nur durch eine Verbindung von Protest und Projekt

hergestellt werden. Neben das Wohnen tritt das Bewohnbar-Machen und hierfür benötigen wir nicht nur bezahlbare Wohnungen, sondern auch Diskussionen, Werkstätten und Labore.

Das Studierendenhaus war von Beginn an ein Ort, an dem etwas Neues versucht wurde. Es sollte ein Beitrag zur Demokratisierung sein, bestimmt als „Ungezwungenheit im Verkehr mit sich und anderen, der Freude an persönlicher Unabhängigkeit und Selbstbehauptung“<sup>3</sup>. Dies bedeutete, das Haus im weiten Sinne bewohnbar zu machen. Hier entstand nicht nur ein Wohnheim für 130 Studierende, sondern ein Festsaal, eine Mensa, die nicht nur für Studierende geöffnet war, eine Bibliothek, Leseräume, ein Klubzimmer, ein Sitzungssaal, eine Wein- und Bierstube etc. Fast hätte auch ein Hallenbad im Keller weitere Glücksmomente möglich gemacht – dieses schien dann jedoch zu teuer. Über die Jahrzehnte konnte sich das Demokratie-Labor transformieren, Räume wurden verändert, neue Nutzungen entstanden, die Idee der Selbstverwaltung wurde gestärkt. 1964 traten aus Protest gegen eine Erhöhung der Mensapreise Studierende in den Streik und schufen mit einem Feuer vor dem Studierendenhaus symbolisch ihre eigene Mensa. 1976 entstand der „Frauen-ASTA“ und setzte durch, dass aus zwei zusammenhängenden Räumen im Erdgeschoss ein „Frauenraum“ wurde. Das Haus war bereits seit Ende der 1960er Jahre Ausgangspunkt von Protestbewegungen; in den 1980er und 1990er Jahren richteten sich Kritik und Protest auch nach innen: Es fanden verstärkt Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Nutzergruppen statt.<sup>4</sup>

Eine andere Erzählung würde den Alltag in den Blick nehmen, der zeigt, dass es hier nicht an Beispielen dafür mangelt, dass



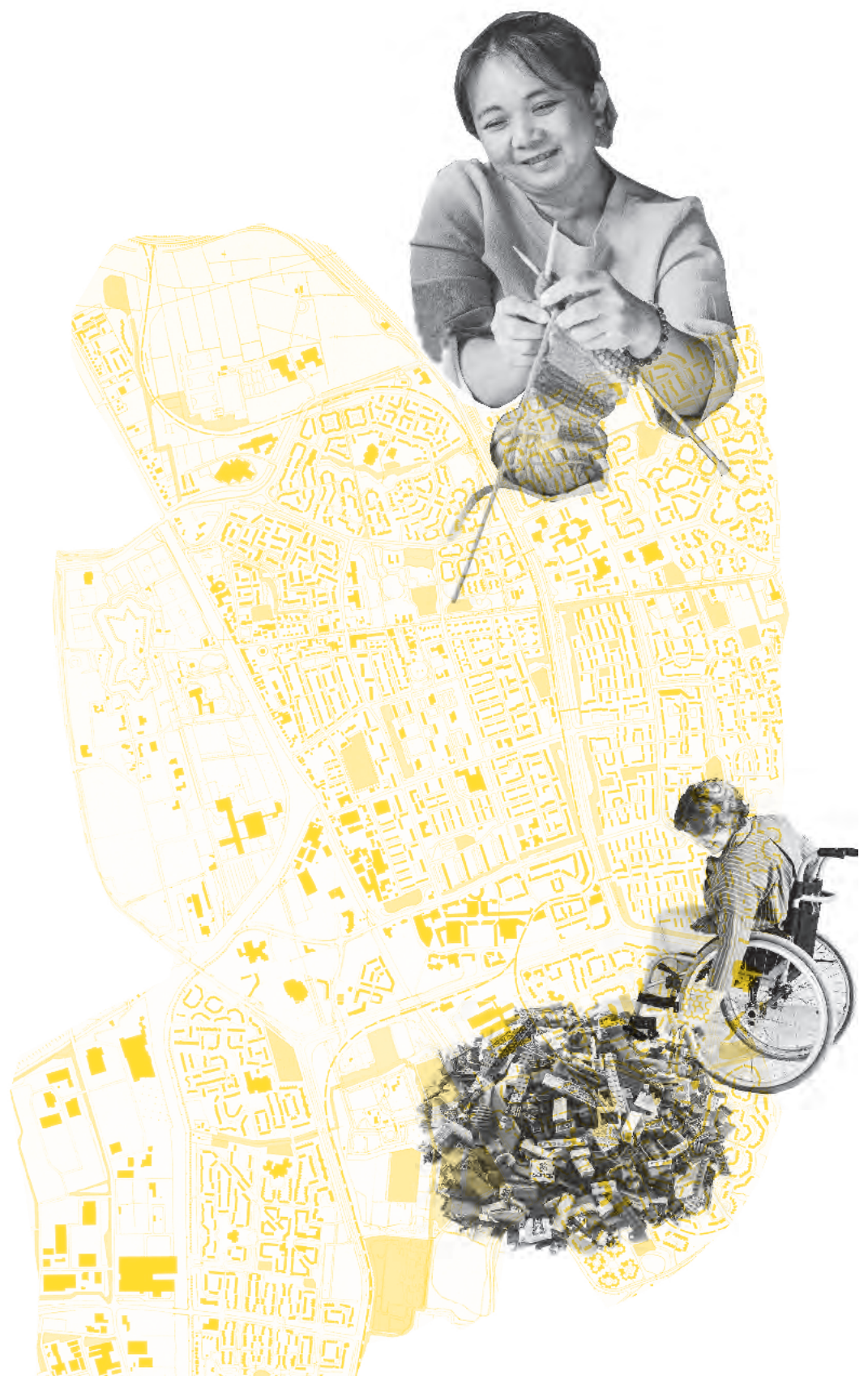
»Eine solche Teilhabe ist nicht genehmigungspflichtig und es muss nicht zu ihr eingeladen werden. Jedes Beet, jedes bestrickte Geländer, jeder bemalte Stein im öffentlichen Raum drückt diese Teilhabe und die Forderung nach mehr aus.«

soziale Praktik nicht als Sache der Politiker\*innen begriffen wurde. Auch über Jahrzehnte hinweg bedeutete all dies, dass es einen gemeinsamen Alltag gab. Hier trafen sich – konjunkturellen Schwankungen unterworfen – täglich Studierende in der Kaffeepause zwischen Seminaren, aber auch Theorie-Arbeitsgruppen und Mitglieder verfeindeter Hochschulgruppen sowie Menschen, die sich dort aus allen möglichen anderen Gründen aufhielten. Bei einer Tasse Kaffee im KOZ konnte man in den 1980er und 1990er Jahren in eine drogenpolitische Auseinandersetzung verwickelt werden oder etwas über die nächste Party erfahren. Nach dem schrittweisen Umzug der Universität kehrte im Haus auch das Uni-Alltagsleben zurück. Doch es treffen sich hier weiterhin Gruppen und es finden politische und kulturelle Veranstaltungen oder Kneipenabende und Partys statt – hoffentlich bald wieder!

Diese Traditionslinie nimmt das Offene Haus der Kulturen auf, um ein neues Kapitel des Labors für Demokratie, für Selbstbestimmung und für einen anderen städtischen Alltag zu schreiben.

Regina Schleicher  
Offenes Haus der Kulturen

- 1 Das Offene Haus der Kulturen ist ein Verein, der das Studierendenhaus auf dem »alten« Campus in Frankfurt-Bockenheim mitgestaltet und nach einem Auszug des AStAs übernehmen möchte. Siehe hierzu: <https://www.ohdk.de/> (Stand: 31.03.2021).
- 2 Klaus Ronneberger, Vorwort zu Henri Lefebvre: Die Revolution der Städte, 2014, 11.
- 3 Rede Max Horkheimer am 21. Februar 1953 beim Akademischen Festakt: Einweihung des Studentenhauses, 1953, 12f.
- 4 Vgl. Regina Schleicher, Kreative Muße und Protest: Das Studierendenhaus an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, in: Forum Wissenschaft 32 (1), 2015, 20ff.



# Bilder einer Stadt

## Von Idealen des Wohnens und der Stadt

Wenn man durch ein durchschnittliches Wohnviertel schlendert, das in den letzten Jahren entstanden ist, dann scheint es, als würden wir uns weniger in einer „Wohnungskrise“ als in einer „stadträumlichen Misere“ befinden. Doch die Krise des Wohnens liegt nicht in steigenden Preisen und der Wohnungsknappheit in Ballungszentren, sondern im Verständnis von Wohnen und der daraus resultierenden Stadtproduktion.

„Jeder [...] neue Siedlungstyp bringt für sich wiederum eine neue Form des Wohnens und der Stadt hervor.“<sup>1</sup>  
Christopher Dell

Das Wohnen berührt jeden Menschen. Im Wohnen drückt sich die Art, wie wir in Gemeinschaft, Nachbarschaft und Gesellschaft zusammenleben, aus. Wie wir wohnen ist also ein bestimmender Faktor für das Bild unserer Städte. Doch woher kommen die Wohntrends und Normen, nach denen heute überwiegend gebaut und gelebt wird? Wesentliche Züge heutiger Wohnvorstellungen haben ihren Ursprung im neunzehnten Jahrhundert.<sup>2</sup> Das Wohnen in der Kernfamilie wird dort zum breiten gesellschaftlichen Ideal, das mit der Trennung von Arbeiten und Wohnen einhergeht. Während die Stadt des neunzehnten Jahrhunderts jedoch nur einem gewissen Teil der Gesellschaft ermöglichte, die neuen Wohnideale auch zu leben, hob der Städtebau der Nachkriegszeit den Wohnstandard vieler. Während neue Wohnquartiere in Form von Groß- und Eigenheimsiedlungen nicht nur am Rand, sondern auch weiter außerhalb der Stadt realisiert werden, vollzieht sich eine zunehmende Trennung der städtischen Funktionen. Die Innenstadt ist mehr und mehr der Arbeit und dem

Konsum vorbehalten, das Wohnen spielt sich in reinen Wohnquartieren ab.

Vollzieht man diese Entwicklung nach, so zeigt sich, wie sich Wohnen nach und nach zu einem Produkt gewandelt hat, das von dem Gefüge der Stadt getrennt gesehen wird.<sup>3</sup> Diese *Produktwerdung* des Wohnens beginnt mit der Rationalisierung des Wohnungsbaus in der Stadt des neunzehnten Jahrhunderts. Da die Stadt die Arbeiter\*innen, die sie anzieht, nicht mehr aufnehmen kann, entstehen neue Siedlungen vor den Toren der Stadt. Zugleich steigt der Wert des Bodens im Zentrum der Stadt immens an. Ein sich entwickelnder Wohnungsmarkt wird zum Hauptmechanismus der Wohnraumversorgung. Eigentum an und die Investition in Wohnraum werden vermehrt zu gezielt gesellschaftspolitisch geförderten Geldanlagen<sup>4</sup> und durch die Wertsteigerung des Bodens zum Spekulationsobjekt. Der Anlagewert der Wohnungen gewinnt an Bedeutung, der praktische Nutzen, das Wohnen, tritt demgegenüber in den Hintergrund. Analog vollzieht sich die Funktionalisierung des Wohnens. Wohnen, das zuvor eingebettet war und Teilhabe an sozialem Leben bedeutete, wird als Funktion isoliert und aus dem hochkomplexen Ensemble der Stadt herausgelöst.<sup>5</sup> Mit der Warenförmigkeit geht auch eine zunehmende Gleichförmigkeit des Wohnraums einher. Die Wohnform entspricht der Produktform.

Dem *Wohnen als Produkt* steht das Konzept von *Wohnen als Praxis* gegenüber. Um der heutigen „stadträumlichen Misere“ begegnen zu können, braucht es eine Auffassung von Stadt, in der das Wohnen eine zentrale Rolle einnimmt, und ein Bewusstsein für das *Wohnen*, welches weit über eine funktionalistische Definition hinausgeht: „[Die] Grundlage für eine Theorie der

Stadt kann nur auf der Basis einer Redefinition der alten Praxis des Wohnens [...] geschaffen werden.“<sup>6</sup>

Zentrale Begriffe dieser Grundlage für die Zukunft der Stadt sind *das Urbane* und der Ausdruck *des Wohnens*. Der Begriff des „Urbanen Wohnens“ ist stark vom Immobilienmarketing geprägt, das Produkte verkauft. Doch muss der Begriff neu besetzt sowie insbesondere mit tatsächlichen Erfahrungen gefüllt werden.

### Was ist eigentlich Urbanität?

Der Gegenstand der Stadt ist komplex und vielschichtig. Bei der Frage, was *Stadt* eigentlich ausmacht, wird schnell klar, dass durch abstrakte Größen wie der Einwohnerzahl oder der Anzahl von Arbeitsplätzen das Wesen des Städtischen nicht zu greifen ist. Um sich dem Phänomen Stadt zu nähern, muss man auf die Qualitäten der Stadt, sprich auf die Merkmale von *Urbanität* schauen.<sup>7</sup>

In der Minimaldefinition, die Louis Wirth 1938 formulierte, wird Urbanität wie folgt beschrieben: „Thus the larger, the more densely populated, and the more heterogeneous a community, the more accentuated the characteristics associated with urbanism will be.“<sup>8</sup> Der Titel des Aufsatzes, ‚Urbanism as a way of Life‘ – also Urbanität als *Lebensform* – gibt Aufschluss darüber, wie hier das Urbane definiert wird: Die physisch realen Strukturen der Stadt haben Einfluss auf den Menschen und die Lebensführung in der Stadt, sie sind also eng mit dem verschlungen, was Urbanität ausmacht; dennoch sind sie nicht mit deren Wesen gleichzusetzen. Urbanität wird nicht an der Ansammlung von Häusern, Straßen und Denkmälern, sondern an den Menschen, den Stadtbewohner\*innen, festgemacht. Sie wird anhand der „Art und Weise, wie die Stadt-

## »Wohnen in seinem existentiellen Sinn schließt weit mehr als den Raum der Wohnung mit ein. Wohnen ist das Verortet-Sein, die vielfältigen Netzwerke und Beziehungen zu Menschen und Orten.«

bewohner und -benutzer ihre Stadt leben“<sup>9</sup> beschrieben. Der Mensch und sein Handeln rücken in den Mittelpunkt der Definition von Urbanität. Ein grundlegendes Element dieser Definition ist, neben Größe und Dichte, das „Vermögen zur Integration des Vielen und Heterogenen sowie des Eigenen und Fremden.“<sup>10</sup> Gemeint ist hier die psychische Disposition des Stadtmenschen, das Fremde – die Anderen – auszuhalten, damit umzugehen und zu einem Teil der eigenen städtischen Identität zu machen. In der Stadt entwickelt der Mensch eine grundlegende Fähigkeit, mit der Dichte, Komplexität, Lebendigkeit und Vielfältigkeit seiner Umgebung umzugehen und sie zu verarbeiten.

### Das Wesen des Wohnens

Es wird viel über Wohnraum diskutiert, doch zu selten über die grundsätzliche Frage, was es bedeutet, zu Wohnen und wie durch das Wohnen der Mensch zu seiner Umwelt in Beziehung steht. Was tut man, wenn man wohnt? Wie wird Wohnen erlebt?<sup>11</sup> Dies sind Schlüsselfragen auf der Suche nach den Charakteristika des Wohnens einer Epoche. Doch „Wohnen stellt keine Aktivität dar, wie beispielsweise das Fahrrad reparieren oder die Wäsche waschen, sondern bildet ein fundamentales Konzept, das gewissermaßen das Ensemble menschlicher Handlungen umhüllt.“<sup>12</sup> Dieses fundamentale Konzept des Wohnens geht über die Schlüsselfragen nach dem Wohnen hinaus und stellt sich durchaus als philosophische Fragestellung.

Wohnen in seinem existentiellen Sinn schließt weit mehr als den Raum der Wohnung mit ein. Wohnen ist das Verortet-Sein, die vielfältigen Netzwerke und Beziehungen zu Menschen und Orten. „Der Bezug des Menschen zu Orten und durch Orte zu Räumen beruht im Wohnen.“<sup>13</sup> Doch Orte und Beziehungen sind nicht statisch. Insbesondere in der spätmodernen Gesellschaft nimmt die Mobilität zu, der „Mensch lebt zwischen Unterwegs-Sein und Ruhen“<sup>14</sup> oder gar *im* Unterwegs-Sein und im Ruhen an *verschiedenen* Orten. Gerade das Fluide kennzeichnet die Lebenssituation vieler und so findet Woh-

nen als „gleitenden[des] Einwohnen in fließende Umgebungen“<sup>15</sup> statt. Das Wohnen, das Einwohnen, setzt den Einzelnen im Alltag zu Orten und Menschen in Beziehung. Es ist ein kontinuierlicher Prozess, der sich in gelebter Praxis ausdrückt.

### Die Praxis des urbanen Wohnens

Eine kurze Zusammenfassung der Überlegungen zu Urbanität und Wohnen: Zum einen lässt sich Urbanität an der Lebensweise der Stadtbewohner\*innen und deren Heterogenität festmachen. Des Weiteren sind im Wohnen die menschlichen Handlungen sozial und räumlich eingebettet, liegt im Wohnen der Bezug zu und das Gestalten von Orten. Führt man diese beiden Analysen zusammen, so berühren sich in der Stadt die verschiedenen Lebensweisen und Formen des Wohnens und verdichten sich zu einem Stadtgefüge. Im Wohnen verortet sich der Mensch in seinem Lebensumfeld. Das bedeutet auch, dass sich in der *Praxis des urbanen Wohnens* die urbane Lebensweise und somit die Qualitäten von Stadt abbilden. Die Stadt drückt sich also im Wohnen aus und durch die Art des Wohnens entsteht Urbanität.

Die Frage, wie wir Wohnen, ist also nicht nur eine Frage von Architekt\*innen und Stadtplaner\*innen, von Baulöwen und Immobilienfonds, sondern im Wohnen zeichnen wir alle am Bild der Stadt mit. Wohnen ist dabei nichts Passives, kein Produkt, das man konsumiert, sondern in der Praxis des Wohnens liegt der Schlüssel zur Produktion von Urbanität, von Stadt.

Paul Vogt

### Zum Autor:

Paul Vogt studierte Architektur und Stadtplanung in Stuttgart und Venedig. Er hat den Verein Adapter e.V. mitgegründet und ist mitverantwortlich für das Magazin *urban t*. Bei der Umsetzung von Workshops in leerstehenden Gebäuden, Interventionen im öffentlichen Raum, Diskussionsrunden und der Vorbereitung eines Pilot-Wohnprojekts beschäftigt er sich intensiv mit Fragen rund um das Wohnen und die Stadt.

- 1 Christopher Dell, *Das Urbane. Leben. Wohnen. Produzieren*, 2014, 151.
- 2 Vgl. Hartmut Häußermann / Walter Siebel, *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*, 1996, 20ff.
- 3 Dell, 145ff.
- 4 Vgl. Carl Wirths, *Der Weg*, 1948. Wirths war einer der Wegbereiter des »Wohnungseigentumsgesetzes« von 1951.
- 5 Wirths, 147.
- 6 Dell, 14.
- 7 Vgl. Jürgen Hasse, *Philosophie der Stadt*, in: *Forum Stadt. Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung* (4), 2016, 341.
- 8 Louis Wirth, *Urbanism as a Way of Life*, in: *The American Journal of Sociology* 44 (1), 1938, 9.
- 9 Hasse, 341.
- 10 Ebenda.
- 11 Häußermann und Siebel, 15.
- 12 Christopher Dell, *Wahre Wohnen! Politik. Ökonomie. Städtebau*, 2013, 9.
- 13 Martin Heidegger, *Bauen. Wohnen. Denken*, in: Friedrich Wilhelm von Hermann (Hrsg.), *Martin Heidegger Gesamtausgabe. 1. Abteilung: Veröffentlichte Schriften 1910 – 1977* (7), 2000, 160.
- 14 Heidegger, 5.
- 15 Ebenda.

# Enteignen:

## Die Eigentumsfrage neu stellen

Die Auswirkungen des kapitalistischen Wohnungsmarktes verschärfen sich. Für wohnungspolitische Alternativen bleibt daher zentral, die Eigentumsfrage durch die Forderung nach Enteignung zu stellen.

Die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« macht es vor.

Der Wohnungsmarkt in Frankfurt fungiert mittlerweile nach dem Prinzip: „Wer den Preis nicht zahlen kann, muss draußen bleiben“<sup>1</sup>. Für immer mehr Student\*innen, prekär Angestellte, aber auch für Menschen bis weit in die Mittelschicht ist es zu einem konkreten Problem geworden, bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt zu finden.<sup>2</sup> Darüber hinaus hat die Corona-Krise den Stellenwert von Wohnraum in unserer Gesellschaft noch einmal verstärkt aufgezeigt. Während wir in den sozialen Netzwerken die Bilder von Prominenten in ihren Villen mit Pool unter dem Hashtag „stayathome“ betrachten konnten, mussten sich WGs oder prekarierte Familien mit beengten Wohnsituationen herumschlagen.

### Das Problem

Das entscheidende Problem ist, dass Wohnraum unter kapitalistischen Bedingungen als Ware wie jede andere gehandelt wird. Dies hat zur Folge, dass nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern der Profit einiger weniger im Vordergrund steht. Dieser Prozess hat sich im Zuge der neoliberalen Umgestaltung des Wohnungsmarktes noch einmal zugespitzt. Wohlfahrtsstaatliche Eingriffe, wie der Bau von Sozialwohnungen, sind in Frankfurt zu einer Ausnahme geworden. Die Finanzialisierung<sup>3</sup> hat sogar dazu geführt, dass Wohnungsbaugesellschaften mit einer ungeheuren Menge an Kapital die Ertragslücken bis an ihr Limit ausreizen, um lukrative Möglichkeiten für anlagensuchendes Kapital zu finden. Auch die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG handelt nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und nicht im Sinne der Bedürfnisse jener, die Wohnraum benötigen.

Halbherzige staatliche Interventionen, wie bspw. die Mietpreisbremse, haben

nichts an dem grundsätzlichen Problem geändert, sondern konnten lediglich den Druck auf die Immobilienwirtschaft etwas abfedern. Das Credo lautet „Bauen, Bauen, Bauen“ und alles wird gut. Was dieser Bauboom jedoch hervorbringt, ist nicht etwa bezahlbarer Wohnraum, den sich alle leisten können, sondern hochpreisige Wohnungen, die nur für eine bestimmte Klasse zugänglich sind. Wir stecken also in einem Dilemma, in dem jegliche wohnungspolitische Maßnahmen nichts mehr zu bewirken scheinen und sich eine umfassende Krise anbahnt.

### Enteignung als Antwort

Die Antwort scheint banal und unerreichbar zugleich: Enteignen! Finanzialisierte Wohnungsbaugesellschaften enteignen, den unbezahlbaren Wohnraum in bezahlbaren umwandeln, diesen in demokratische Kontrolle überführen und somit den Preisdruck vom Wohnungsmarkt nehmen. Diese Forderung hört sich nach einem utopischen Gespenst an. Bis vor drei Jahren schien dies auch zu stimmen. Dann trat die Kampagne *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* auf den Plan. Im Rahmen dieser realpolitischen Kampagne wollen Aktivist\*innen den Berliner Senat durch einen Volksentscheid dazu zwingen, private Wohnungsgesellschaften mit mehr als 3.000 Wohneinheiten – wie etwa den Immobilienkonzern *Deutsche Wohnen* – in eine Anstalt des öffentlichen Rechts zu überführen und dadurch zu vergesellschaften. Die Kampagne könnte mit ihren Forderungen tatsächlich Erfolg haben, denn diese Praxis ist nicht ungewöhnlich in der deutschen Rechtsprechung. Beim Bau von Straßen ist es z.B. ein gängiges Vorgehen, kleine Privateigentümer\*innen vor Ort zu enteignen. Bei großen finanzierten Unternehmen

erhöht sich jedoch die politische Brisanz. Aktuell geht die Kampagne in eine entscheidende Phase, in der 170.000 gültige Unterschriften für ein Volksbegehren benötigt werden. Ob diese Zahl erreicht wird, lässt sich nicht vorhersehen. Würde dieses Ziel jedoch gelingen und sich das Volksbegehren für eine Enteignung aussprechen, könnte ein nicht unbeachtlicher Anteil Berliner Wohnungen dem profitorientierten Markt entzogen werden und dies darüber hinaus auf die ganze Wohnungspolitik ausstrahlen.<sup>4</sup>

Die Forderung nach einem Volksbegehren und der Enteignung von finanzierten Wohnungsbaugesellschaften schlug auch in anderen Städten Wellen und stadt-

politische Initiativen griffen diese Ziele auf. Ein positiver Ausgang in Berlin könnte zu deren Intensivierung beitragen. Doch ungeachtet dessen Ergebnisses müssen schon allein aufgrund der katastrophalen Wohnungssituation in vielen Städten die Forderungen zur Überwindung der Verhältnisse erweitert und konkretisiert werden. In Frankfurt sind es Akteur\*innen wie *Vonovia* und *Instone Real Estate*, die angegangen werden sollten. Es müssen konkrete Möglichkeiten für deren Enteignung geschaffen werden, um ihre Projekte im Zuge von demokratischen Prozessen zu vergesellschaften. Die im Römer vertretenen Parteien werden jedoch nicht von alleine auf diese Idee kommen; es braucht den Druck von der Straße durch lokale Initiativen, um ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen. Hierbei spielen auch die Forderungen des *Mietentscheids Frankfurt* eine wichtige Rolle, die darin bestehen, dass die städtische *ABG* 100 Prozent des geförderten Wohnraums für geringe und mittlere Einkommenschichten baut und neuvermietet. Es muss noch mehr öffentliche Aufmerksamkeit geschaffen werden, damit das städtische Unternehmen nicht weiterhin nach Profitorientierung, sondern nach den Bedürfnissen derer, die Wohnraum benötigen, handelt.<sup>5</sup> Wenn wir auf Dauer eine lebenswerte und bezahlbare Stadt haben möchten, an der nicht nur Wohlhabende partizipieren können, sind Enteignung und anschließende demokratische Vergesellschaftung eine der wenigen real existierenden Möglichkeiten, um den Prozess abzuflachen.

#### Reicht das?

Natürlich werden Kampagnen wie *Deutsche Wohnen & Co. enteignen* das Problem einer kapitalistischen Verwertung von Wohnraum nicht in Gänze lösen können. Sie bieten jedoch die Möglichkeit, einer kapitalistischen Enteignung unserer Lebensgrundlage entgegenzuwirken und die Eigentumsfrage neu zu stellen. Gleichzeitig kann eine andere, sozialere Gesellschaft nur abseits von kapitalistischer Verwertung funktionieren; dies können diesem System immanente Kampagnen nicht leisten. Sie können jedoch die Folgen einer neoliberalen Politik zumindest abflachen und vor allem Möglichkeiten eröffnen, unser Leben selbst in die Hand zu nehmen, indem Wohnraum keine Ware bleibt, sondern als Grundrecht und Gemeineigentum betrachtet wird. Sprich: Die Kampagnen zeigen auf, dass eine andere Form der Stadt und des Zusammenlebens möglich ist. Wie auch *Miethäusersyndikate*<sup>6</sup> nicht den kapitalistischen Wohnungsmarkt zum Einsturz bringen, sondern nur sehr selektiv Wohnungen aus diesem herauslösen, können solche Kampagnen vorzeichnen, wie ein anderes Zusammenleben aussehen könnte.

Die Wiederaneignung von Wohnraum betrifft nur einen spezifischen Aspekt der Ökonomie, welcher jedoch für die Repro-



duktion des Menschen elementar nötig ist. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch andere Bereiche – wie bspw. gerade dringender denn je der Gesundheitssektor oder die Energieversorgung in Zeiten der Klimakrise – gesellschaftlich wieder angeeignet werden müssen. Doch auch hierfür könnten solche realpolitischen Kampagnen zu einer Vorbildfunktion werden und den Horizont für Möglichkeiten erweitern. Dies alles wird jedoch nicht durch einen glücklichen Zufall passieren, sondern wir müssen es selbst in die Hand nehmen. Was es darüber hinaus braucht, sind demokratische, bedürfnisorientierte und inklusive Aushandlungsprozesse darüber, wie wir in Zukunft leben wollen, wie sozial-ökologische Wohnungsbau- und Städteplanung aussehen kann und schlussendlich, wie wir uns eine *Stadt für alle* vorstellen.

Philipp Leserer

- 1 Susanne Heeg, *Wohnen im Kapitalismus: Wer muss draußen bleiben?*, in: Bundeskunsthalle (Hrsg.), *Wir Kapitalisten*, 2020, 90.
- 2 Vgl. Sebastian Schipper / Susanne Heeg, *Wohnungspolitik in Frankfurt am Main. Widerstreitende Positionen und gegensätzliche Entwicklungen*, in: Dieter Rink und Björn Egner (Hrsg.), *Lokale Wohnungspolitik. Beispiele aus deutschen Städten*, 2020, 121-138.
- 3 Unter Finanzialisierung wird hier eine immer weiter fortschreitende und zunehmende Dominanz des Wohnungsmarktes durch den Finanzmarkt verstanden.
- 4 Vgl. <https://www.dwenteignen.de> (Stand: 20.02.2021).
- 5 Vgl. <https://mietentscheid-frankfurt.de> (Stand: 20.02.2021).
- 6 Vgl. <https://www.syndikat.org/de/> (Stand: 20.02.2021).

# Mietkampf im Gallus

Mit Problemen bei Wohnfragen stehen wir oft alleine da. Erfahrungen des Widerstands und kollektiver Organisation können uns helfen mit der Kündigung, Mieterhöhung oder Verdrängung zukünftig anders umzugehen. Kristian ist aktiv in der Gruppe Solidarisches Gallus und hat im letzten Jahr einen Mietkampf in dem Stadtteil geführt. Wir haben über seine Erfahrungen damit gesprochen und darüber nachgedacht, was eine erfolgreiche Stadtpolitik erfordert.

Das Interview wurde Ende Dezember 2020 geführt. Bis zur Veröffentlichung des Interviews sind noch einige Dinge passiert. Mittlerweile sind die Personen aus der Wohnung geflogen und involviert in einen Rechtsstreit.

Hallo Kristian, du wohnst im Gallus und bist hier auch politisch aktiv. Kannst du uns für den Einstieg kurz etwas über den Stadtteil erzählen?

Das Gallus ist ein Viertel im Westen von Frankfurt in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof. Das Viertel ist traditionellerweise ein Arbeiter\*inviertel, mit einem relativen hohen Migrationsanteil. Als in den 50er und 60er Jahren die Arbeitsmigration in Deutschland stattgefunden hat, wurden sehr viele sogenannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter ins Gallus angesiedelt. Zur Zeit der 68er gab es im Gallus einige politische Gruppierungen, die unter anderem mit Hausbesetzungen auf sich aufmerksam gemacht haben. Heute ist das Viertel noch immer sehr lebendig. Allerdings ist das Viertel durch die Nähe zum Europaviertel einem starken Gentrifizierungsdruck ausgesetzt. Das Europaviertel ist ein Neubauprojekt, in dem die Mietkosten sehr hoch sind und enormer Leerstand zum Zweck der Spekulation

herrscht. Das übt starken Aufwertungsdruck auf das Gallus aus: Die Geschäfte verändern sich, Menschen müssen wegziehen, das Viertel verändert sich. By the way ist es auch das einzige Viertel in Frankfurt (neben Höchst) in dem es einen 24/7h Kiosk gibt, an der Galluswarte. Ich wohne gerne hier.

Danke für diesen Eindruck. Du und deine WG habt ja ein recht aufregendes, wenn nicht zu sagen stressiges Jahr hinter euch: Ihr habt euch Anfang letzten Jahres entschieden, eine öffentliche Auseinandersetzung mit euren Vermietern einzugehen. Denn eure Miete lag knapp 100% über dem Mietspiegel. Kannst du vielleicht nochmal kurz auf das Jahr zurückblicken und schildern was genau passiert ist?

Nach längerer und sehr frustrierender Wohnungssuche in Frankfurt hatten wir

endlich eine Wohnung im Gallus gefunden. Uns war da schon klar, dass die Miete überdurchschnittlich hoch ist, aber an sich war das ja nichts Besonderes. Wir zahlen 1200 Euro warm für 68 Quadratmeter. Das Amt für Wohnungswesen war dafür auch extra in unserer Wohnung, um das auszumessen, denn offiziell wurde die Wohnung für 70 Quadratmeter vermietet. Das entspricht also einem Quadratmeterpreis von etwa 16 Euro. Abgesehen davon schienen die Vermieter aber freundlich und korrekt zu sein. Im Laufe der Zeit hat sich allerdings unser Bild stark verändert. Bei Reparaturen mussten wir lange warten und die Kommunikation verlief stets schleppend. Korrekte private Vermieter\*innen zu finden, scheint beinahe ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. Nachdem wir also schon recht viel Geld in die Wohnung für Miete und zusätzliche Kosten wie Sanierungen usw. gesteckt hatten, ist uns irgendwann aufgefallen, dass wir hier ganz schön abgezogen werden. **Skandalös ist aber eigentlich, dass es nicht einmal die Ausnahme ist.**

Ihr habt also gemerkt, dass die Miete viel zu hoch ist und das auch rechtlich so in Frage gestellt werden kann. Wie seid ihr dem Problem dann begegnet?

Ich denke eine Rolle spielt schonmal, dass wir uns alle mehr oder weniger ein politisches Bewusstsein haben. Wir wussten also ungefähr, was der Mietspiegel ist und wie er rechtlich greift. Unsere erste Handlung war dann zum Deutschen-Mieterschutzbund (DMB) zu gehen, was sich im Nachhinein als ziemliche Enttäuschung herausgestellt hat. Deshalb an dieser Stelle schonmal der Tipp: Wenn ihr in Frankfurt ein Problem habt mit Vermieter\*innen, geht nicht zum DMB, sondern lieber

»Nach längerer und sehr frustrierender Wohnungssuche in Frankfurt hatten wir endlich eine Wohnung im Gallus gefunden. Uns war da schon klar, dass die Miete überdurchschnittlich hoch ist, aber an sich war das ja nichts Besonderes. Wir zahlen 1200 Euro warm für 68 Quadratmeter.«

zu Mieter-helfen-Mieter, die neben juristischer Beratung auch wohnungspolitisch aktiv sind. Jedenfalls haben wir dort herausgefunden, dass die ortsübliche Vergleichsmiete ungefähr bei 7-8 Euro pro Quadratmeter für eine Wohnung mit diesen Eckdaten sein müsste. Wir haben zwar mit überhöhter Miete gerechnet, allerdings nicht damit, dass wir fast doppelt so viel wie rechtlich zulässig zahlen. Die sogenannte Mietpreisbremse besagt außerdem, dass die Miete im Vergleich zur Vormiete maximal um 10 Prozent erhöht werden darf, in unserem Fall wären also maximal 660 Euro zulässig gewesen. Gutgläubig haben wir also erst einmal die Vermieter kontaktiert, im Gespräch hat sich dann schnell herausgestellt, dass sie wissen was sie tun. Die Reaktion auf unsere Nachfragen war dann: „Wenn es euch nicht passt, dann zieht doch einfach aus“. Ironischerweise haben sie dann noch die klassische Leier gebracht, dass sie ja von der Miete leben müssten. Dabei besitzen sie das Haus mit 10 Mietparteien seit knapp 30 Jahren und noch weitere Immobilien. Da die Vermieter also nur abgeblockt haben, hat der DMB dann einen Brief an sie versendet mit Berechnungen wieviel die Wohnung eigentlich kosten dürfe. Leider hat der DMB mehrere Fehler bei der Berechnung gemacht und dann ein anwaltliches Schreiben der Vermieter vergessen, das heißt wir wussten mehrere Monate nicht was die Situation ist. Irgendwann hat der DMB uns deswegen nur noch geraten, dass wir klagen können oder es sein lassen sollen. Nächster Schritt war also zu einer Anwältin zu gehen, die dann auch noch einmal bekräftigt hat, dass uns Unrecht widerfährt. Zudem gibt es durch den Zusatzparagrafen bei der Mietpreisbremse die Möglichkeit auch im Nachhinein noch Miete

zurückerstattet zu bekommen. Bei uns wären das 500 Euro im Monat, also kein Pappenstiel. Allerdings kostet so ein Verfahren einiges an Zeit, finanziellen Ängsten und Nerven. Jetzt leben wir hier in einer Baustelle und wir fragen uns wie es sein kann, dass wir überhaupt noch Mieten zahlen. Wir haben dann also die Rückzahlung der Miete gefordert, woraufhin wir eine Eigenbedarfskündigung geschickt bekommen haben. Ich erinnere nur daran: Die Vermieter haben mehrere Immobilien! (Anm.: Wenige Tage nach dem Auszug wurde das Haus verkauft und Wohnungsbesichtigungen haben stattgefunden) Jedenfalls müssten wir gegen den Eigenbedarf klagen, was wie gesagt einiges kostet und **insgesamt ist diese Auseinandersetzung sehr belastend, wenn man neben dem Mietkampf noch andere Dinge im Leben macht.** Trotzdem überlegen wir uns jetzt für die Rückzahlung der überhöhten Miete zu klagen, das würde dann auch bedeuten, dass die Mieter\*innen nach uns nicht mehr so viel zahlen müssen.

**Du hast es jetzt schon so ein bisschen herausklingen lassen, dass man in solchen Situationen sehr schnell auf sich allein gestellt ist. Ihr habt euch bewusst entschieden mit der Geschichte in die Öffentlichkeit zu gehen. Warum war euch das wichtig, bzw. was war die Motivation dahinter?**

Ich denke es würde schon um einiges helfen, sich mit Nachbar\*innen in solchen Fällen zusammen zu schließen. Wir haben das auch ansatzweise versucht, indem wir andere WGs und Bewohner\*innen des Hauses auf unser Problem aufmerksam



gemacht haben. Allerdings gab es da leider nicht allzu viel Interesse. Dabei würde es in solchen Situationen bereits helfen, zusammen als Hausgemeinschaft damit umzugehen. Kollektive Mietverweigerung, das wäre ja mal was! Wir waren dann auch noch im Ortsbeirat 1, das ist quasi die unterste Ebene der parlamentarischen Demokratie, und haben Kontakt zum Amt für Wohnungswesen aufgenommen. Die Hilfe seitens solcher kommunalen Stellen ist jedoch sehr bedürftig, da kaum Beratungsstellen vorhanden sind und dem „Amt für Wohnungswesen“ rechtlich die Hände gebunden sind. Zum Zwecke einer öffentlichen Plattform und der Hoffnung auf Unterstützung haben wir daher den Ortsbeirat aufgesucht. Wir haben das aber auch versucht, weil wir denken, dass unsere Situation exemplarisch für die problematischen Verhältnisse von vielen Menschen in Frankfurt steht. **Man braucht natürlich auch die Zeit und die nötigen Ressourcen so einen Mietkampf auszutragen, diese haben Menschen mit existentiellen Nöten häufig nicht.** Ich denke es ist aber wichtig zu zeigen, dass man sich gegen solche Zustände prinzipiell wehren kann. Und um das zu zeigen braucht es eben die Öffentlichkeit. Durch den Auftritt im Ortsbeirat ist dann auch die Presse auf uns aufmerksam geworden und es ist ein dürftiger Artikel über unseren Konflikt erschienen. Die Idee ist also zum einen die Vermieter öffentlich unter Druck zu setzen, der Vereinzelung mit der Situation ein Stück weit zu entkommen und vor allem andere Menschen zu ermutigen sich gegen die unzumutbaren Wohnverhältnisse zu wehren, egal ob das dann der juristische oder politische Weg ist.

**Ich habe den Eindruck, dass alle diese Strategien, ob es nun ein juristischer Weg oder die öffentliche Skandalisierung ist, mit einem erheblichen individuellen Aufwand verbunden sind. Und diese Kapazitäten muss man ja erstmal haben. Ich würde deswegen gerne noch über politische Organisation reden. In fast allen Großstädten gibt es sogenannte Solidarische Stadtteilgruppen, du selbst bist beim Solidarischen Gallus aktiv. Was ist die Idee hinter dieser Organisationsform?**

Besonders passend hat das ein Artikel aufgezeigt, den ich letztes über die Solidarische Aktion Neukölln gelesen habe.<sup>1</sup> Dort beschreibt die Gruppe ihre Basisarbeit in Neukölln, wo sie Menschen im Viertel in alltäglichen Herausforderungen oder Kämpfen begleiten. Sei es im Jobcenter oder mit Vermieter\*innen. Dabei haben sie kollektiv schon den einen oder anderen Mietkampf gewonnen. **Die Idee der Basisorganisation ist also, dass man sich**

**mit den Leuten, die unter den ausbeuterischen kapitalistischen Bedingungen auf unterschiedlichsten Ebenen leiden, auseinandersetzt und gemeinsam alltägliche Kämpfe führt.** Der Anspruch ist es also eine Organisation von unten zu sein, durch die man ein bisschen aus der Abstraktion herauskommt. Diese Auseinandersetzung im Viertel versucht das Solidarische Gallus zum Beispiel durch das Café gegen hohe Mieten zu ermöglichen. Das findet unter nicht-pandemischen Umständen jeden zweiten Sonntag im Monat im Internationalem Zentrum (IZ) statt. Dort wird ein non-kommerzieller Raum geboten, an welchem sich Menschen mit Sorgen, Fragen oder Problemen zum Thema Wohnen und darüber hinaus Hilfe suchen können. Seit Bestehen des Solidarischen Gallus wurden vermehrte Menschen bei ihren Mietkämpfen unterstützt. So zum Beispiel in der Vonovia-Siedlung Knorrstraße, wo sich bei anstehenden Mieterhöhungen mehrere Mieterinnen und Mieter zusammengetan haben und der öffentliche Druck irgendwann so hoch war, dass Peter Feldmann und Co. sich offen mit den Mieter\*innen solidarisiert haben. Auch wenn von dieser Seite nicht mehr allzu viel passiert ist, hat das gezeigt, wie viel Druck aufgebaut werden kann, wenn es einen kollektiven Zusammenschluss zwischen Mieter\*innen gibt. Obwohl Basisarbeit immer auch ein Stück weit Sozialarbeit bedeutet, ist das Solidarische Gallus keine Caritas: Die Idee ist vielmehr, dass Menschen erkennen, dass ihre persönlichen Probleme durch und durch politisch und gesellschaftlich begründet sind. Verdrängung, Arbeitslosigkeit oder Probleme mit Chef\*innen sind keine individuellen Probleme und lassen sich auch nicht allein lösen. Es braucht meiner Meinung nach Organisation, die dafür kämpft die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Also eine Art Klassenkampf zu führen, denn Mietkämpfe sind immer auch Klassenkämpfe. Basisarbeit tut das, indem an den konkreten Erfahrungen und Sorgen der Menschen angeknüpft und aus Betroffenheit gehandelt wird.

**Letztendlich ist diese Form der Organisation also eine Art und Weise den Ohnmachtserfahrungen, wie du sie im letzten Jahr mit deiner WG selbst gemacht, hast zu entkommen. Glaubst du diese Form der Basisorganisation ist eine zukunftsfähige Organisationsform für Stadt(teil)politik im Allgemeinen?**

Das Stichwort ist hier „Transformative Community Organizing“. Das Konzept wurde insbesondere von Gruppen wie dem „Seattle Solidarity Network“ angewendet, wird aber auch in anderen Kontexten verwendet, etwa von feministischen Bewegungen in Argentinien oder anderswo. Ein Paradebeispiel der Basisorganisation

auf dem Gebiet der Stadtteilpolitik war die Gruppe „Kotti & Co“ in Berlin. Dort wurde gemeinsam gegen Mieterhöhung seitens des Unternehmens „Deutsche Wohnen“ vorgegangen. So wurden von „Kotti & Co“ unter anderem selbstorganisierte Nachbarschaftszentren in dem Stadtteil aufgebaut, in welchen eine alternative, demokratische Stadtplanung durchdacht wurde, es gab Platzbesetzungen und vor allem wurden soziale Räume geschaffen, um ein Austausch zwischen den Bewohner\*innen zu ermöglichen. Das alles hat einen kollektiven Prozess der dort wohnenden Menschen ermöglicht, durch den sich die Initiative in der Nachbarschaft tief verankern konnte. Es gab in dem Sinne also keine Vertreterinnen- und Vertreter-Politik mehr, sondern einen wirklichen Austausch und eine kollektive Praxis. Ich denke eine erfolgreiche politische Organisation muss sich auf konkrete Erfahrungswelten einlassen, das bedeutet Menschen im Stadtteil kennenzulernen, zuzuhören und vor allem nicht von oben herab zu sprechen, sondern eben zusammen Politik machen. Und es ist ja auch nicht so, dass Menschen die Ungerechtigkeiten nicht wahrnehmen. **Viele wissen von der Ausbeutung, Prekariisierung oder Verdrängung die Ihnen widerfährt. Eine neoliberale Gesellschaft macht es nur immer schwieriger die Vereinzelung zu durchbrechen.** Es war und ist wichtig zu zeigen, dass kein Mensch allein sein muss mit den Unzumutbarkeiten im Kapitalismus.

**Das Interview führte Finn aus der Redaktion**

<sup>1</sup> Erschienen in »Solidarisch gegen Klassismus – organisieren, intervenieren, umverteilen« von Francis Seeck, Brigitte Theißl



---

# AUTOVERMIETUNG AN DER UNI FRANKFURT

Das KFZ-Referat (»Kraftfahrzeug-Referat«) existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugs-transporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudenten. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen.

Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20% auf den Mietpreis.

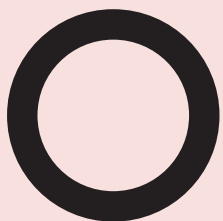
Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: [www.kfz-referat.de](http://www.kfz-referat.de)

Frankfurt Bockenheimer Landstraße 133

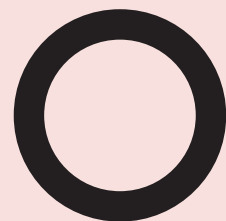
Mo – Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469



[WWW.KFZ-REFERAT.DE](http://WWW.KFZ-REFERAT.DE)



069/79823048



# Eine Stadt für Alle!



## Selbstverständnis und politische Arbeit der Initiative Eine Stadt für Alle!

Die Frankfurter Initiative *Eine Stadt für Alle!* – *Wem gehört die ABG?* hat sich 2015 gegründet. Ihr Anliegen ist es, der kapitalistischen Verwertungslogik am Frankfurter Wohnungsmarkt eine solidarische und kämpferische Perspektive für das Recht auf Wohnen für alle entgegenzusetzen. Dieses Ziel eint uns mit vielen anderen Initiativen im ganzen Land, aber auch auf europäischer Ebene. Mit ihnen stehen wir über das bundesweite *Recht auf Stadt-Netzwerk* und in der *European Action Coalition for the Right to Housing and the City*<sup>1</sup> im Austausch. Gemeinsam mit weiteren stadtpolitischen Gruppen und Stadtteilinitiativen in Frankfurt kämpfen wir vor Ort gegen eine Instrumentalisierung von Wohn- und Stadtraum zur Gewinnmaximierung und Verdrängung sowie für eine lebenswerte Stadt für alle – ungeachtet von Herkunft, Aufenthaltsstatus und finanziellen Ressourcen. Ausgehend von dem Politikfeld Wohnen setzen wir uns für die Aneignung des städtischen Raums ein, für nichtkommerzielle, kulturelle Freiräume, für soziale Zentren, für Freedom of Movement; kurzum für ein gutes, solidarisches Zusammenleben! Die einende Parole „Stadt für Alle!“ findet sich mittlerweile überall im Frankfurter Stadtbild und wird in verschiedenen Kontexten verwendet, um für die Verteidigung und Rückeroberung städtischer Räume und für eine gerechte, offene und demokratische Gestaltung des städtischen Lebens zu kämpfen. Das macht Mut!

Ein zentraler Blick unserer Initiative galt und gilt der Unternehmenspolitik der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft ABG Holding, die der Kontrolle des Magistrats der Stadt Frankfurt untersteht und

rund 20 Prozent aller städtischen Mietwohnungen besitzt. Anstatt kostendeckend zu planen und sich auf ihren eigentlichen Auftrag zu konzentrieren – nämlich die langfristige Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für alle Frankfurter\*innen – agiert die ABG gewinnorientiert und verbucht jährlich Überschüsse in Millionenhöhe.<sup>2</sup> Mit der Frage „Wem gehört die ABG?“ verbinden wir die Forderung, die städtische Wohnungsbaugesellschaft politisch stärker zu kontrollieren, zu demokratisieren und als wohnungspolitisches Instrument zum Wohle aller zu nutzen. Die ABG muss deutlich mehr Sozialwohnungen bauen, bestehende Bindungen langfristig sichern, den eigenen Bestand vor weiteren Mietsteigerungen schützen sowie transparenter und demokratischer aufgestellt sein.

Doch unsere Forderungen beschränken sich nicht auf die Politik der ABG. Wir fordern einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Wohnungspolitik und eine Neuausrichtung der Stadtpolitik auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und ein solidarisches Miteinander. Denn wir finden: Eine Stadt gehört erst dann allen, wenn sie den vielfältigen Bedürfnissen ihrer Bewohner\*innen Raum gibt! Pünktlich zum kommunalen Wahlkampf 20/21 haben wir deshalb den **Forderungskatalog der Initiativen zur Wohnungspolitik** in Frankfurt überarbeitet.<sup>3</sup> Dazu gehören nicht nur ein selbstverwaltetes migrantisches Zentrum oder ein Zentrum für Roma, sondern auch ein selbstverwaltetes *Offenes Haus der Kulturen* auf dem ehemaligen Unicampus Bockenheim. Zudem sind Sofortmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie, Stichwort #openthehotels, zentrale Anliegen. In Bezug auf studentisches Wohnen fordern wir entgegen der aktuellen Lage eine massive Ausweitung

sicherer und bezahlbarer Alternativen, die ein selbstbestimmtes, solidarisches und neugieriges Studium erst möglich werden lassen!

Um den genannten und weiteren Zielen mit Nachdruck näher zu kommen, bedienen wir uns diverser Arbeits- und Aktionsformen und vernetzen uns in unterschiedlichen Bündnissen. Wir zeigen Widersprüche und Missstände der aktuellen Politik auf, adressieren Regierende und andere Verantwortliche, diskutieren mögliche Formen einer sozialen Wohnraumversorgung, solidarisieren uns mit Betroffenen und werden aktivistisch sichtbar. Von Demos und Kundgebungen über humoristische Aktionsformen, Unterstützung bei der Organisation von Mieter\*innen bis hin zu Pressearbeit – unser Repertoire ist vielfältig, denn die Probleme sind es schließlich auch!

**Hast auch du Lust bekommen, dich am Kampf für ein buntes, solidarisches Frankfurt für Alle zu beteiligen?** Dann trag dich in unseren Newsletter ein und schau auf einem unserer nächsten Treffen vorbei. Alle zwei Wochen findet freitags um 18h das Plenum statt!<sup>4</sup>

»Wir fordern einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Wohnungspolitik und eine Neuausrichtung der Stadtpolitik auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und ein solidarisches Miteinander.«



Abb. 1: Fahrraddemo im Juni 2020 unter dem Motto »Für ein solidarisches Frankfurt in der Corona-Krise und darüber hinaus – gemeinsam gegen Mietenwahnsinn, Rassismus und Klimawandel!«



Abb. 2: »Stadt für Alle!« ist überall sichtbar in Frankfurt



Abb. 3: »Schutz vor Corona braucht ein Zuhause«-Aufruf vor dem ehemaligen Institut für vergleichende Irrelevanz, das 2013 geräumt wurde

Quellen:

<https://www.stadt-fuer-alle.net/?p=1470>

<https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-wohnung-investoren-sozialwohnung-investoren-probleme-sozialer-wohnungsbau-mieten-90050679.html>

<https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-linke-kritik--wohnungsbau-zahl-neuer-sozialwohnungen-mike-josef-spd-13826597.html>

[https://www.digitaldaily.de/2021/01/20/top20\\_immo\\_bericht\\_ddna-2021-1-20-15-30/](https://www.digitaldaily.de/2021/01/20/top20_immo_bericht_ddna-2021-1-20-15-30/)

<https://housingnotprofit.org/>

<http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Start>

- 1 <https://housingnotprofit.org/> (Stand: 23.04.2021).
- 2 Im Jahr 2019 waren es 68,7 Millionen Euro.
- 3 Der Forderungskatalog wird unterstützt von AG Westend, AStA Uni Frankfurt, Solidarisches Gallus, Mietinitiative Westhausen und Eine Stadt für Alle!
- 4 Weitere Infos findet ihr unter [www.stadt-fuer-alle.net](http://www.stadt-fuer-alle.net).

# Für ein solidarisches & rebellisches Frankfurt

## Die Recht auf Stadt AG der IL Frankfurt

Wir sind die Frankfurter Ortsgruppe der Interventionistischen Linken. Damit sind wir Teil einer bundesweiten linksradikalen Organisation, die in über 30 Städten lokal verankert ist. Ein Teil unserer Politik als Ortsgruppe ist die Recht auf Stadt AG.

Städtische Kämpfe in der Global City Frankfurt sind für uns eine Möglichkeit, sich ins Handgemenge zu stürzen. Sie schaffen die lokalen Verankerungen, die wir brauchen, um als radikale Linke gesellschaftliche Entwicklungen einschätzen zu können sowie handlungs- und durchsetzungsfähig zu werden. Gemeinsam mit betroffenen Mieter\*innen, stadtpolitisch Aktiven und Bündnispartner\*innen suchen wir nach Orten und Möglichkeiten der Politisierung und Organisation. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf der Wohnungsfrage, die als Klassenfrage untrennbar mit den Kämpfen für eine anti-rassistische, feministische, klimagerechte und barrierefreie Stadt für alle verbunden ist. Inhaltlich streben wir die Enteignung und Vergesellschaftung des Wohnungs- und Immobiliensektors sowie eine radikaldemokratische Form der Stadtplanung von unten an. Der Weg dorthin führt über den Kampf gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung, gegen immer neue Luxusquartiere, gegen die Stadt der Reichen. Streuen wir Sand ins Getriebe der städtischen Verwertungsmaschine, machen wir Betongold zu Risikokapital, starten wir die

Verdrängung der Investor\*innen statt der Mieter\*innen – damit die Seiten wechselt. Erkämpfen wir uns eine Stadt, in der wir bleiben können und wollen.

Unter dieser Perspektive unterstützen wir seit vielen Jahren die Vernetzung und Zusammenarbeit stadt- und wohnungspolitischer Initiativen in Frankfurt – insbesondere im Rahmen der Kampagne *Eine Stadt für Alle! – Wem gehört die ABG?*, die wir seit ihrer Gründung 2015 aktiv begleiten. Gemeinsam mit Aktiven der Kampagne, Mieter\*inneninitiativen und anderen stadtpolitischen Gruppen intervenieren wir mithilfe von Aktionen, Demos und Veranstaltungen in konkrete Konflikte, z.B. um die städtische Wohnungsgesellschaft ABG Holding, um Luxusmodernisierung und Verdrängung einzelner Häuser oder um Leerstand und Obdachlosigkeit. Wir engagieren uns für ein selbstverwaltetes migrantisches Zentrum des Project Shelter und das wilde Gartenareal der Grünen Lunge, für deren Erhalt wir mit der Kampagne *Grüne Lunge bleibt – Instone stoppen!* kämpfen. Um diese lokalen Konflikte zu bündeln und eine weiterführende Perspektive zu entwickeln, beteiligen wir uns zudem aktiv an regionalen, bundes- und europaweiten Vernetzungsversuchen, Mobilisierungen und Aktionstagen, z.B. im Bündnis *Mietenwahnsinn Hessen, beim Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn*, dem *Housing Action Day* oder in der bundesweiten Unterstützungs-

kampagne für die Berliner Initiative *Deutsche Wohnen & Co. enteignen*.

Wir beteiligen uns außerdem im Rahmen von Solidaritätsaktionen am Kick-Off der zweiten Phase des Volksbegehrens vom 25. Februar, planen (Online-)Veranstaltungen und mobilisieren gemeinsam mit vielen anderen Städten zum geplanten Enteignen-Sammelcamp vom 21. bis 23. Mai in Berlin, wo wir aus ganz Deutschland zusammenkommen werden, um die Genoss\*innen vor Ort beim Unterschriftensammeln zu unterstützen. Und natürlich wollen wir all diese Aktivitäten mit den konkreten Kämpfen in Frankfurt verknüpfen, z.B. gegen den Mietenwahnsinn bei Vonovia, die jährliche Hauptversammlung der Deutschen Wohnen oder die Zerstörung der Grünen Lunge durch den Projektentwickler Instone Real Estate.

Recht auf Stadt AG der IL Frankfurt,  
Februar 2021

### Kontakt

**Mail:** [il-frankfurt@radikallinks.org](mailto:il-frankfurt@radikallinks.org)

**Homepage:** <https://frankfurt.interventionistische-linke.org/>

**Twitter:** <https://twitter.com/iLfrankfurt>

**Facebook:** <https://www.facebook.com/il.frankfurt/>

Beitrag AStA-Zeitung: Mietentscheid Frankfurt

# Warum ist der Wohnungsmarkt in Frankfurt so scheiße

und was kann man WIRKLICH dagegen tun?

Der Mietentscheid Frankfurt stellt sich vor

Studis brauchen bezahlbaren Wohnraum – genauso wie Azubis, Familien, Rentner\*innen und Singles. Bezahlbarer Wohnraum wird aber immer knapper und das schon seit 15 Jahren. Deshalb haben wir 2018 den Mietentscheid Frankfurt gegründet. Die Idee ist ziemlich einfach, aber genial: Warum sollten nicht alle Frankfurter\*innen gemeinsam über die Wohnungspreise, zumindest die der stadteigenen Wohnungen, entscheiden? Die Idee ist ein Bürger\*innen-Entscheid, der Mietentscheid Frankfurt.

Oft denkt man, der Wohnungsmarkt sei frei, ungezügelt und total chaotisch. Auf der einen Seite die Vermieterin mit der Dachbodenwohnung, auf der anderen Seite milliardenschwere Wohnungskonzerne, die die Mieterhöhungen mittlerweile einfach per Algorithmus verschicken. Dann kommt noch dazu, dass sich fast niemand die Luxuswohnungen, die momentan gebaut werden, leisten kann. An bezahlbaren Wohnungen mangelt es hingegen. Wo sollen da denn bitte die Bürger\*innen bzw. Mieter\*innen mitbestimmen?

Die Antwort: Bei der Stadt selbst. Die Stadt Frankfurt besitzt eine Wohnungsgesellschaft, die ABG, und die wiederum besitzt 53.000 Wohnungen. Das sind knapp 20 Prozent aller Mietwohnungen in Frankfurt. Und in Frankfurt leben fast 80 Prozent aller Menschen zur Miete. Die Mieten der ABG-Wohnungen machen also einen Unterschied auf dem Mietwohnungsmarkt. Und bei ihrer Wohnungspolitik ist noch Luft für mehr bezahlbaren Wohnraum!

Mit dem Mietentscheid Frankfurt wollen wir erreichen, dass alle Bürger\*innen darüber abstimmen können, wie die ABG in Zukunft ihre Mieten festsetzt. Um dies zu schaffen, stellen wir drei Forderungen

(über die abgestimmt werden soll): Zum einen sollten die Mieten in den bestehenden Wohnungen gesenkt werden, wenn die Mieter\*innen vom Einkommen her Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Und in Frankfurt sind das 49 Prozent aller Mieter\*innen (also wahrscheinlich auch Du!). Zum anderen sollten die öffentlichen Wohnungen, aus denen freiwillig jemand auszieht, als geförderte Wohnungen zu bezahlbaren Preisen neu vermietet werden. Drittens sollten auch im Neubau nur geförderte Wohnungen entstehen. Das sind Wohnungen mit günstigen Mietpreisen für Menschen, deren Einkommen eine bestimmte Höhe nicht überschreitet.

Unsere konkreten Forderungen haben in nur vier Monaten 25.000 Menschen unterschrieben. Diese Unterschriften haben wir im Januar 2019 beim Wahlamt der Stadt Frankfurt eingereicht.

Seit der Übergabe der Unterschriften ist die Stadt am Zug. Und die lässt sich ewig Zeit, während das Problem am Wohnungsmarkt schlimmer wird: Zunächst schob die Stadt unser Begehren über Monate auf – bis wir uns gezwungen sahen, sie wegen Untätigkeit zu verklagen. Plötzlich ging es dann doch recht schnell. Allerdings lehnte die Mehrheit des Stadtparlaments unser Vorhaben im März 2020 aus rechtlichen Gründen ab. Diese Rechtsauffassung teilen wir (und unsere Anwältin) allerdings nicht, weshalb wir weiterhin #mietentscheiden wollen. Die Stadt ließ uns keine andere Wahl als die juristische Auseinandersetzung.

Während die Stadt mit mehreren Fristverlängerungen das Rechtsverfahren gegen den Mietentscheid weiter in die Länge zieht, unterstützen wir Mieter\*innen, die wegen Mieterhöhungen während der Corona-Pandemie in ihrer Existenz bedroht sind, und mischen uns

in die Frankfurter Wohnungspolitik ein. Wir rechnen damit, den Gerichtsprozess gegen die Stadt zu gewinnen und parallel zur Bundestagswahl im September 2021 endlich über die Forderungen des Mietentscheids abstimmen zu können. Besonders dann brauchen wir deine Unterstützung und deine Stimme für mehr bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt!

Viele Vereine, Initiativen, Jugendorganisationen, Gewerkschaften und die Asten der Goethe-Uni und der University of Applied Sciences unterstützen die Ziele des Mietentscheids. Auch du kannst mitmachen, melde dich einfach unter [info@mietentscheid-frankfurt.de](mailto:info@mietentscheid-frankfurt.de), komm zum Plenum (momentan digital) und folge uns für Updates auf Instagram, Twitter oder Facebook.



# Die Mietrechtsberatung

von Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V.

Deutlicher als die Corona-Krise verbunden mit dem dringenden Appell, zuhause zu bleiben, konnte die Bedeutung eines sicheren Zuhauses nicht vor Augen geführt werden. Der Stellenwert der Wohnung als Rückzugsort und Schutzraum vor Infektionen hat unmissverständlich klar gemacht, dass Mietsteigerungen nicht erst seit Corona die soziale Sicherheit und Gesundheit der Mieter\*innen gefährden.

Dieser Zusammenhang spiegelt sich auch im Beratungsalltag des 1986 gegründeten Mietervereins „Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V.“ (MhM) in Pandemiezeiten. Der Beratungsbedarf ist hoch: Die wirtschaftliche Unsicherheit und die realen Einkommensverluste durch Kurzarbeit und Jobverlust der letzten Monate zeigen, dass bereits eine unerwartete Nebenkostennachzahlung oder die mietspiegelkonforme Mieterhöhung Sorgen um die eigenen vier Wände auslösen. Angesichts des andauernden Ausnahmezustands, der diejenigen besonders hart trifft, die sich schon vor der Pandemie in Frankfurt und anderswo nicht ausreichend mit angemessenem Wohnraum am Markt versorgen konnten, drohen vermehrt Schwierigkeiten, die eigene Miete zu bezahlen und die Wohnung zu halten.

Aber wie hilft die Beratung im Mieter\*innenverein – schließlich kennt das deutsche Mietrecht kein verbrieftes Recht auf leistbare Miete?

Das individuelle Mietrecht zu kennen und wenn nötig, mit Unterstützung wahrzunehmen, dient der eigenen Absicherung. Die Arbeit von MhM soll auch helfen, Haltelinien am Wohnungsmarkt zu markieren, damit eine Situation verhindert wird, in der sich das Recht des wirtschaftlich Stärkeren ungebremst durchsetzt. Denn während Mieter\*innen seit nunmehr einem Jahr im Ausnahmezu-

stand und nicht selten in Sorge um das eigene Zuhause leben, läuft in der Immobilienwirtschaft größtenteils der Normalzustand weiter. Die zu beklagenden Mietausfälle sind nach eigener Aussage gering, Kündigungen bei Zahlungsrückständen unvermindert möglich. Und da Mietsteigerungen und ein „weiter so“ bei der Mietpreisspirale nicht erst seit Corona Wohnungsverlust und Verdrängung bedeuten können, engagiert sich „Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V.“ im Bündnis des „Mietentscheid Frankfurt“ für eine gemeinwohlorientierte Vermietungspraxis beginnend bei den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften. Darüber hinaus setzt sich MhM im Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen für die Aussetzung von Mieterhöhungen während der Pandemie und einen Mietendeckel in angespannten Wohnungsmärkten ein.

(Miet-)Recht bekommt nur, wer aktiv wird. Am besten gemeinsam mit anderen, die auch betroffen sind. Deswegen ist MhM zur Stelle, wenn die ganze Hausgemeinschaft betroffen ist, organisiert Mieter\*innenversammlungen und Infotreffen. Wir unterstützen den Aufbau von Mieter\*inneninitiativen und kommen auch in deinen Stadtteil. Wir freuen uns über deine Nachricht!

Die Rechtsberatung von „Mieter helfen Mietern e.V.“ bietet schnelle Hilfe bei allen Fragen rund um das Mietverhältnis. Sei es im Falle eines Hauptmieter\*innenwechsels, bei Fragen rund um den Mietvertrag oder hinsichtlich einer Prüfung der neuesten Mieterhöhung/Nebenkostenabrechnung. Alle Studierende der Goethe-Universität können auf Grundlage des Kooperationsvertrags zwischen AstA und MhM einmal in der Woche die offene Sprechstunde im Random-White House aufsuchen (donnerstags, 16-18 Uhr) bzw. unter den derzeit herrschenden Pandemie-Bedingungen die telefonische Mietrechtsberatung nach vorheriger Terminvereinbarung nutzen. Zusätzlich lohnt es sich, die vergünstigte studentische Mitgliedschaft abzuschließen. Sie bietet neben der Mietrechtsberatung unserer Rechtsberater\*innen auch kontinuierliche Vertretung nach außen, d.h. auch die Übernahme von Schriftverkehr mit dem\*der Vermieter\*in und eine Rechtsschutzversicherung für Mietrechtsangelegenheiten. Und das alles für nur 60€ im Jahr!

Kontakt:

MIETER HELFEN MIETERN  
Frankfurt e.V.  
Große Friedberger Straße 16-20  
60313 Frankfurt am Main

Telefon: 069 / 28 35 48  
Internet: [www.mhm-ffm.de](http://www.mhm-ffm.de)  
Email: [post@mhm-ffm.de](mailto:post@mhm-ffm.de)  
Twitter | Facebook



# Selbstverständnis Solidarisches Gallus

Das Solidarische Gallus ist 2016 aus einem kleinen Kreis von Menschen entstanden, die durch Basisorganisierung und Stadtteilarbeit die strukturellen Probleme der Menschen vor Ort sichtbar machen wollten.

Die Idee der „Solidarisch-Gruppen“ orientiert sich unter anderem an dem sogenannten Transformative Community Organizing. Transformative Basispolitik bietet Menschen mit existentiellen Sorgen den Raum, diesen im Rahmen einer solidarischen Praxis zu begegnen. Basisarbeit nimmt sich struktureller Probleme auf einer lokalen Ebene an. Nur durch einen Zusammenschluss können wir erkennen, dass wir für einen Großteil unserer Probleme nicht selbst verantwortlich sind und es gesellschaftliche Alternativen gibt.

Wir glauben nicht, dass sich entscheidende Machtverhältnisse durch Wahlen oder Delegierte verändern lassen, sondern fangen damit unmittelbar und basisdemokratisch in unserer direkten Umgebung an. Was uns eint, ist das Bewusstsein für eine gesellschaftliche Veränderung fernab von kapitalistischen Zwängen hin zu einem solidarischen Stadtviertel und darüber hinaus. Sei es Stress mit Chef\*innen, der Weg zum Jobcenter, Probleme auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt; politische Praxis wollen wir alltäglich werden lassen.

Wir als Gruppe konzentrieren uns auf das Thema Mieten, da das Frankfur-

ter Gallusviertel spätestens seit dem Bau des Europaviertels unter extremem Gentrifizierungsdruck leidet und wir etwas der Verdrängung entgegensetzen wollen. Wie wir im Gallus zusammenleben, möchten wir selbst bestimmen und nicht den privaten Investor\*innen überlassen. Nur ein solidarischer Zusammenschluss kann das Gallus zum Investorenschreck machen. Wir wollen in einer Nachbarschaft leben, in der wir nicht-kommerzielle Räume und Orte schaffen und gemeinsam gestalten.

Mit dem Internationalen Zentrum (IZ) haben wir einen solchen Raum gefunden, an dem unter normaleren Umständen jeden Montag von 19-21 Uhr unser offenes Plenum stattfindet. Außerdem organisieren wir an jedem zweiten Sonntag im Monat das „Kaffee gegen hohe Mieten“, um mit anderen Menschen im Viertel und darüber hinaus ins Gespräch zu kommen. Aktuell treffen wir uns jedoch online.

Um unsere Vision einer selbstbestimmten, solidarischen Nachbarschaft frei von materiellen Zwängen und Diskriminierung entlang von Klasse, Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Sprache und Alter durchzusetzen, organisieren wir zusammen Mietkämpfe, Demonstrationen, Kundgebungen, Platzbesetzungen, Kinoabende oder Nachbarschaftstreffen. So zum Beispiel geschehen, als wir uns gemeinsam mit der dortigen Nachbarschaft gegen die Machenschaf-

ten von Vonovia in der Knorrstraße gewehrt haben.

Wir sind offen für alle Menschen, ob aus dem Viertel oder von anderswo, die sich im Gallus pragmatisch und unkompliziert für eine Gesellschaft einsetzen wollen, in der wir selbst entscheiden, wie wir leben. Dabei orientieren wir uns neben unseren eigenen Erfahrungen auch an Gruppen wie Seattle Solidarity Network, Wilhelmsburg Solidarisch aus Hamburg, Kotti & Co und Solidarische Aktion Neukölln aus Berlin.

**Gestern Gallus, heute  
Solidarisches Gallus!**

# Kostenlose Menstruationsartikel an der Uni

Landesweite Vernetzung schreitet voran

Nachdem die Resolution des Feminismus Referats und des AStA Vorstands mit der Forderung nach kostenloser Bereitstellung von Menstruationsprodukten auf dem Campus durch die Universität vom Präsidium ohne Reaktion blieb, gab es parallel in einer anderen Stadt Deutschlands bezüglich dieses Themas Fortschritte: Seit November 2020 stehen den Studierenden in den Gebäuden der Uni Merseburg (Sachsen-Anhalt) kostenfreie Periodenartikel zur Verfügung. Sie ist damit die erste Hochschule in Deutschland, welche dieses Angebot macht und damit signalisiert, dass sie sich ihrem Gleichstellungskonzept tatsächlich verpflichtet fühlt.

Wenige Monate nach dieser Neuigkeit trat eine Vertreterin der Uni Bayreuth an die Feminismus-Referentinnen der Goethe Uni heran. Sie war über die Resolution des Referats im Internet gestoßen und wollte sich über Ideen und Realisierungsmöglichkeiten zur Etablierung kostenloser Menstruationsprodukte austauschen. Seitdem gab es gemeinsam mit einigen weiteren Hochschulen aus Bayern schon zwei Vernetzungstreffen. Ziel wird es in den nächsten Wochen zunächst sein die Asta-Strukturen sowie Gleichstellungsbüros der Universitäten der beiden Bundesländer über die Netzwerkarbeit zu informieren, um insbesondere in puncto Finanzierung verschiedene Ideen durchzuspielen. Außerdem wird es ein Treffen mit Vertreterinnen der Uni Merseburg geben, um ihre

Erfahrungen und Tipps in das gemeinsame Vorhaben mit einfließen zu lassen.

Schließlich will das Feminismus-Referat mit Hilfe einer Online-Umfrage (QR-Code siehe unten) - erstellt und bereits durchgeführt von der Uni Bayreuth - ein Stimmungsbild der Einstellung Frankfurter Studierender in Bezug auf kostenlosen Periodenartikeln machen.

Das kostenlos bereitgestellte Menstruationsartikel in Deutschland kaum existieren wird in der Regel ignoriert und als gegeben hingenommen. Die daraus resultierende Selbstverständlichkeit kann als Zeichen dafür gesehen werden, wie sehr Periode immer noch einem gesellschaftlichen Tabu unterliegt. Eine flächendeckende Versorgung mit Periodenartikeln, für die kein Mensch finanziell aufkommen müsste - da der Griff zum Tampon genauso alltäglich ist wie der Griff zum Toilettenpapier - wäre ein wirkmächtiger Versuch der Auflösung gesellschaftlicher Zwänge und Normen, welche dafür sorgen, dass Menschen selbst beim Gang aufs Klo an der Uni eingeschränkt werden. Menstruationsartikel sind zwar nicht gleichzusetzen mit Hygieneartikeln, da Menschen mit Periode nicht mehr „schmutzig“ sind als andere Menschen ohne Periode, aber müssen, wie Hygieneartikel allen Menschen bereitgestellt werden!

Feminismus Referat AStA FFM



<https://www.surveio.com/survey/d/H2S5P1F8F4A8A1B8Y>



# Dieses Haus ist besetzt!

## Frankfurter Häuserkampf 1970-1974



Im September 1970 wird die Eppsteiner Straße 47 besetzt, die erste Hausbesetzung in der Bundesrepublik. Foto: © Erika Sulzer-Kleinemeier, Archiv Hannelies Ludwig

Herausgeber der Dokumentation: *Frankfurter Archiv der Revolte e.V.* | *Offenes Haus der Kulturen e.V.* | *Institut für Selbstorganisation e.V.*

Verlag: Institut für Selbstorganisation, Dezember 2020. ISBN 9783982140711. Über 120 Abbildungen, 120 Seiten. Erhältlich im Buchhandel, direkt beim Verlag und beim *Frankfurter Archiv der Revolte*. € 16.

Aus Anlass der ersten Hausbesetzung in Frankfurt am Main vor 50 Jahren organisierte ein Team des "Frankfurter Archiv der Revolte" im Herbst 2020 die Ausstellung **Dieses Haus ist besetzt! Frankfurter Häuserkampf 1970–1974**. Die Ausstellung hatte die Hintergründe und Verlaufsformen des bundesweit ersten Zyklus von Hausbesetzungen zum Gegenstand und fand ein großes Interesse. Die Ausstellungs-dokumentation bringt die wandzeitungsartige Zeitreise durch den Gang der urbanen Kämpfe der frühen 1970er Jahre in Buchform – ein Wunsch, der von zahlreichen Besucher\*innen geäußert wurde. Dabei steht die Präsentation von Dokumenten über die Realitäten der sozialen Bewegungen – Politik und Alltag – mit Faksimiles von zeitgenössischen Flugblättern, Plakaten, Zeitschriften und

Broschürenliteratur sowie eine überarbeitete Fassung der Begleittexte im Vordergrund. Ergänzt wird dies durch eine knappe Chronik der Hausbesetzungen und Mietstreiks der 1970er Jahre und Überblicksbeiträge zur Bedeutung des Häuserkampfes für die Geschichte der sozialen und politischen Bewegungen in Frankfurt.

Und heute? Die Ausstellung wie der Katalog versuchen einen kurzen und knappen Blick in die Gegenwart zu werfen, denn viele der Ausgangspunkte der Revolte der 1970er Jahre sind auch in der Gegenwart noch präsent: Wohnungsnot, unbezahlbare Mieten, Gentrifizierung, investorengesteuerter Luxuswohnungsbau etc. sind auch im heutigen Frankfurt nicht zu übergehen. Dementsprechend ist auch Protest und Widerstand wahrnehmbar. Das Ziel „Stadt für alle“ bleibt auf der Tagesordnung.

## Frankfurter Archiv der Revolte

Das Ziel des Vereins, auf dessen Initiative die Ausstellung **Dieses Haus ist besetzt! Frankfurter Häuserkampf 1970–1974** zurückgeht, ist Recherche und Forschung zu den Entwicklungen, die im Zusammenhang mit den Jugend- und Student\*innenprotesten der Jahre um 1968, deren Vorläufern und Nachwirkungen stehen. Dabei stehen die Bezüge zu Frankfurt am Main im Fokus. Die Aufgaben des Frankfurter Archivs der Revolte sind:

- Annahme, Erwerb und Auswertung von Sammlungen und Nachlässen
- Unterstützung wissenschaftlicher Arbeit durch Sammlung von Dokumenten und deren Erschließung für die Forschung
- Die Durchführung von Ausstellungen und Förderung von wissenschaftlichen Publikationen

### Warum ein Frankfurter Archiv der Revolte ?

Frankfurt darf sich wohl zu Recht den Titel *Hauptstadt der Revolte* mit Berlin teilen. Allerdings: Von den zahlreichen Projekten (Zeitraum 1965-1980), die in Frankfurt am Main im Kontext der Studentenbewegung, der APO, der Neuen Linken usw. entstanden, gibt es fast keine systematischen und wissenschaftlichen Standards genügenden Darstellungen und keinen Ort, der dem eine kontinuierliche Aufmerksamkeit widmet.

### Frankfurter Archiv der Revolte e.V.

Mertonstraße 30  
60487 Frankfurt am Main  
[www.archiv-der-revolte.de](http://www.archiv-der-revolte.de)



# Onlinewahlen: Falsche Versprechen und Profitinteressen

Ein Kommentar

Die verfasste Studierendenschaft als Selbstverwaltungsorgan wurde nach dem zweiten Weltkrieg durch die Alliierten im Rahmen des Reeducation-Programms eingeführt und institutionalisiert. Sie sollte explizit der politischen Kultur der NS-Zeit entgegengesetzt werden und als „Übungsfeld für die spätere Beteiligung am öffentlichen Leben“ der Studierenden dienen. Oder, wie Max Horkheimer die Aufgabe der Universität und Rolle der Studierendenschaft in seiner Rede zur Einweihung des Frankfurter Studierendenhauses in 1953 zusammenfasste: „Erziehung einer akademischen Jugend, [...] die den Geist der realen und tätigen Demokratie praktiziert“<sup>1</sup>.

Das Fundament dieser Demokratie und unserer studentischen Mitbestimmung sind die universitären und studentischen Wahlen, die den gleichen Grundsätzen unterliegen, wie alle demokratischen Wahlen<sup>2</sup>. Trotzdem wird seit längerem versucht – und aktuell die COVID-19-Pandemie dazu missbraucht – unter dem Deckmantel der „Stärkung studentischer Demokratie“ Online-Wahlen an Hochschulen einzuführen. Dass Online-Wahlen die Wahlrechtsgrundsätze und den Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl nicht einhalten können, wurde bereits mehrfach gerichtlich bestätigt<sup>3</sup>. Dennoch ist es rechtlich zulässig, Online-Wahlen an Hochschulen durchzuführen, da die dafür nötige Einschränkung demokrati-

scher Standards als hinnehmbar angesehen wird.

Eines der am häufigsten angeführten Argumente für Online-Wahlen ist, dass durch ihre Einführung die Wahlbeteiligung gesteigert wird. Ein solcher Effekt ist aber weder flächendeckend an deutschen Hochschulen beobachtbar, noch können gesicherte Aussagen darüber getroffen werden, ob die Steigerung nachhaltig über einen bloßen „Neugierde-Effekt“ hinausgeht. Zudem sollte nicht von einem monokausalen Zusammenhang ausgegangen werden: Zu viele Faktoren (etwa die Art der Bewerbung der Wahl, der Wahlzeitraum oder aktuelle politische Ereignisse) können einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung nehmen.

Darüber hinaus sind Online-Wahlen nicht öffentlich nachvollziehbar und Manipulation kann von den Wählenden selbst nicht erkannt werden, da sie keine Kontrolle über die benutzten Geräte und Programme haben. Im Vergleich zu analogen Wahlen steigt auch die Anzahl der möglichen Manipulationen und Angriffspunkte. Laut Informatiker\_innen können diese Probleme auch in absehbarer Zukunft nicht beseitigt und die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze durch keinen technologischen Fortschritt gewährleistet werden<sup>4</sup>.

Gerichte und Informatiker\_innen sind sich damit einig: Online-Wahlen sind aktuell technisch nicht in der Lage, die Wahl-

grundsätze zu befolgen – sie sind unsicher, intransparent und in der Konsequenz vor allem undemokratisch. Dennoch wirbt der Monopolist für Online-Wahl-Systeme im deutschsprachigen Hochschulraum damit, „nachweislich die geltenden Wahlgrundsätze ein[halten]“ zu können. Die studentische Demokratie wird damit zum reinen Marketing-Gag; Online-Wahlen an der Hochschule bedeuten im Endeffekt, dass man die studentische Selbstverwaltung in die Hände eines privatwirtschaftlichen Unternehmens legt, dem es vor allem um eines geht: Profit.

So ist es auch kein Zufall, dass sich die Argumentation für Online-Wahlen mehrheitlich marktwirtschaftlicher Logiken

bedient; Digitale seien im Vergleich zu analogen, papierbasierten Wahlen (also Brief- und Urnenwahlen) billiger, effizienter, schneller, moderner, skalierbarer. Demokratische Prozesse werden damit nicht nur ökonomischen Zwängen, sondern auch den Kapitalinteressen von Universitäten untergeordnet. Die demokratische Kultur der Hochschule wird von einer einstigen Selbstverständlichkeit zum Verhandlungsgut in der immer weiter zunehmenden Ökonomisierung der Hochschulen.

Ohne eine demokratische und damit vor allem politische Legitimierung der studentischen Interessenvertretung wird diese aus dem (allgemein-)politischen Diskurs gedrängt und dazu degradiert, lediglich „Service-“ und Verwaltungsleistungen zu erbringen. Für eine politische Studierendenschaft ist an der neoliberalen Universität kein Platz. Vorherrschend ist das Verständnis von Studierenden als reine Konsument\_innen der Prämien und Deals, die ihnen von ihrem „Service-AStA“ angeboten werden. Das kritische Hinterfragen der herrschenden Verhältnisse innerhalb und außerhalb der Universität passt nicht ins Selbstverständnis der primär wirtschaftlich ausgerichteten Lernfabriken. Das einstige Ziel der „Demokratisierung der akademischen Jugend“ tritt nicht nur immer weiter in den Hintergrund, sondern wird auch von regressiven – universitätsinternen wie -externen – Kräften aktiv bekämpft und untergraben.

Die Forderung nach Online-Wahlen mag zwar vergleichsweise harmlos wirken, ist aber eine weitere Ausprägung der stetig voranschreitenden Entpolitisierung und Entdemokratisierung der verfassten Studierendenschaft und muss deshalb von Studierendenvertretungen wie auch Studierenden gemeinsam bekämpft werden!

Auch die Wahlen zu Senat und Fachbereichsrat sollen an der Goethe-Uni im Sommersemester vom 14.06.21 bis 25.06.21 Online stattfinden. Die Briefwahlunterlagen werden nicht wie sonst automatisch, sondern erst auf Antrag zugeschickt. Die entsprechende **Frist zur Beantragung der Briefwahlunterlagen beginnt am 19.04.21 und endet am 19.05.21** – zur Verteidigung der studentischen Demokratie und dem Erhalt der Universität als politischem, selbstverwalteten und kritischen Raum!

»Gerichte und Informatiker\_innen sind sich damit einig: Online-Wahlen sind aktuell technisch nicht in der Lage, die Wahlgrundsätze zu befolgen – sie sind unsicher, intransparent und in der Konsequenz vor allem undemokratisch.«



- 1 [https://asta-frankfurt.de/sites/default/files/eroeffnungsrede\\_horkheimer.pdf](https://asta-frankfurt.de/sites/default/files/eroeffnungsrede_horkheimer.pdf)
- 2 §§ 35 1, 78 1 2 HHG
- 3 So urteilte bspw. das Bundesverfassungsgericht zur Frage des Einsatzes von Wahlcomputern bei Bundestagswahlen (BVerfG, Urteil vom 3.3.2009, 2 BvC 3/07) als auch das Verwaltungsgericht Gera im Rechtsstreit um Online-Wahlen an der Universität Jena (VG Gera, 24.05.2017 - 2 K 606/16 Ge).
- 4 Für eine weitere Auseinandersetzung mit der Erhöhung der studentischen Wahlbeteiligung und der technischen Unsicherheit von Online-Wahlen siehe: <https://www.fzs.de/2021/03/08/e-voting-ist-und-bleibt-unsicher-undemokratisch-und-ungeeignet/>

## ASTA

### Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Frankfurt am Main

im Studierendenhaus Bockenheimer,  
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt  
Tel 069 798–23181  
Fax 069 7020–39  
e-mail info@asta-frankfurt.de  
asta-frankfurt.de

### Sekretariat Regine Nicoleit

im Studierendenhaus, Raum B2  
Corona-Öffnungszeiten  
Mo, Di, Do 10–12:30 Uhr  
13:30–15 Uhr  
Tel 069 798–23181  
Fax 069 7020–39  
e-mail info@asta-frankfurt.de

## BERATUNG & HILFE

### ASTA-Sozialberatung

derzeit nur online! Terminvereinbarung  
für ein Telefon- oder Videogespräch über  
soziales@asta-frankfurt.de

### ASTA-Mietrechtsberatung

Immer Donnerstags 16–18 Uhr  
im ASTA Haus (Random White House)  
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

### DGB Campus Office -

#### Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

derzeit nur online! Terminvereinbarung  
für ein Telefon- oder Videogespräch über  
campusoffice@asta-frankfurt.de

### Fördermöglichkeiten

#### für Studierende mit Behinderung

www.barrierefrei-studieren.de

### Studentischer Projektrat

projektratunifrankfurt.wordpress.com  
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

### Wohnraum gesucht! — wohnraum-gesucht.de

### Nightline Frankfurt

Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr  
Tel 069 798–17238  
e-mail info@nightlineffm.com  
nightlineffm.com

### Goethe Law Clinic

Im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem  
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde  
Fr 10–12 Uhr

### Psychosoziale Beratung des Studenten[sic!]werkes

Im Beratungszentrum IG Farben Campus,  
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde  
Di, Do 15–17 Uhr, Tel 069 798–349 05  
e-mail psychosozialberatung@  
studentenwerkfrankfurt.de

### ASTA Awareness Struktur

e-mail awareness@asta-frankfurt.de  
awareness.blogspot.eu

### ASTA-Fahrradwerkstatt

e-mail fahrradwerkstat@asta-frankfurt.de

## AUTONOME REFERATE

### Autonomes AusländerInnenreferat

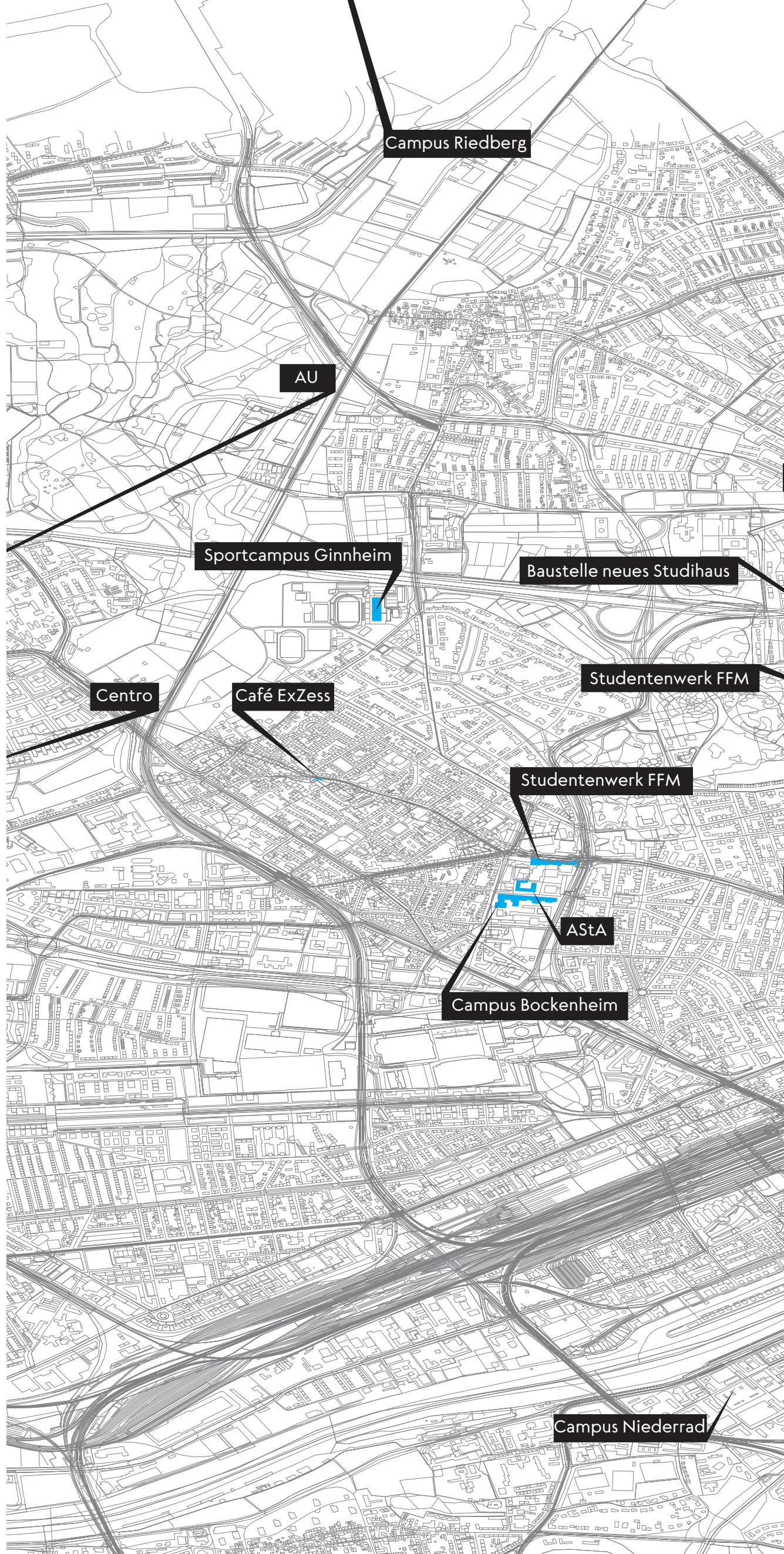
Tel 069 79825236  
e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

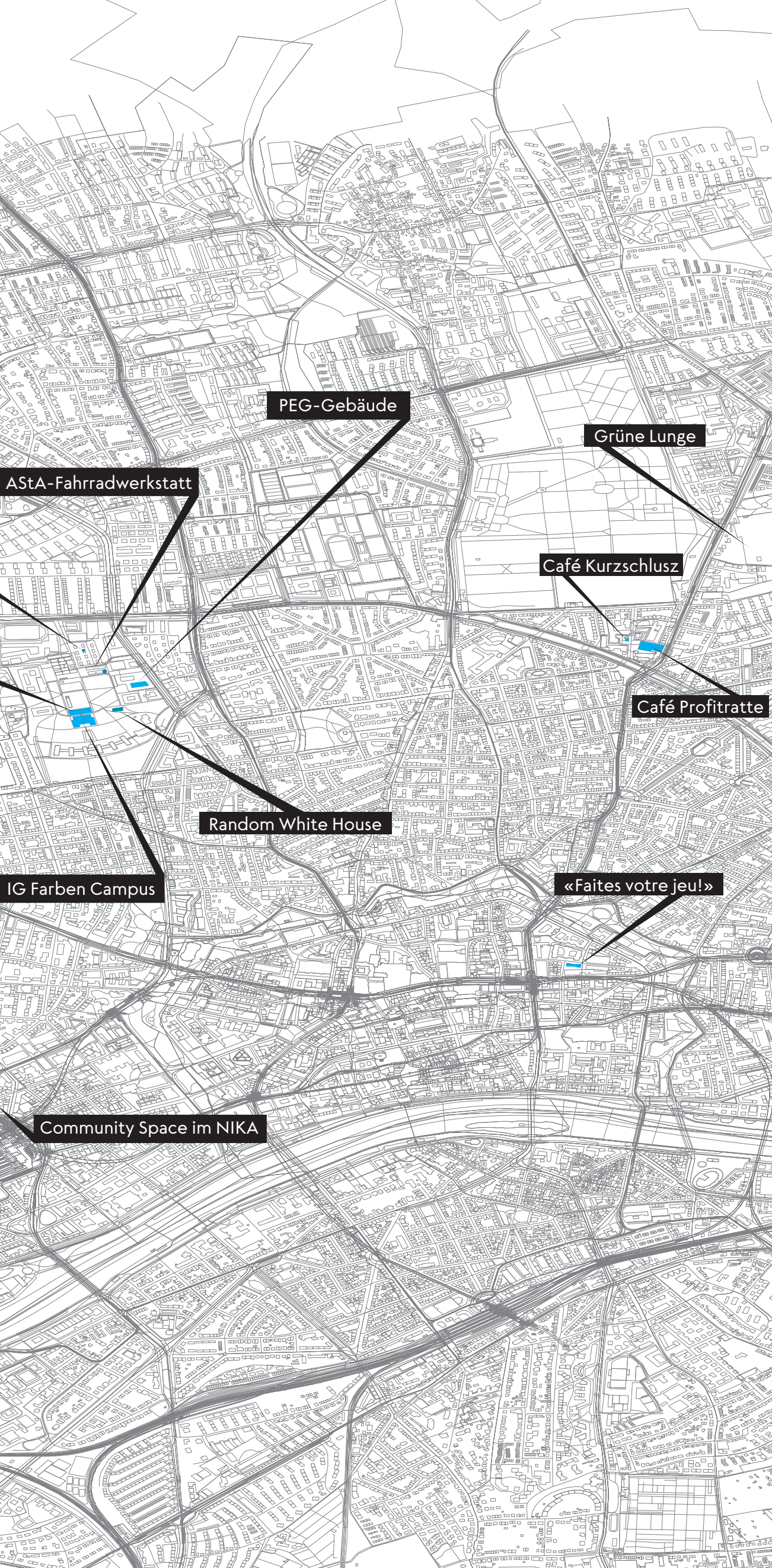
### Autonomes Frauen\*Lesben-Referat

http://aflr.blogspot.de / aflr@riseup.net  
Tel 069-79823095

### Autonomes queerfeministisches

Schwulenreferat Tel 069 79823052  
www.fs-gu.de / uni.frankfurterschwule@gmail.com





**Autonomes Inklusionsreferat**  
inklusionunifrankfurt@gmail.com

**Autonomes Elternreferat**  
Tel 0152 23 53 53 51 – eltern@asta-frankfurt.de

### UNI-INITIATIVEN

**Students for Future Frankfurt** – twitter.com/sff\_ffm

**Initiative Studierender am IG-Farben Campus**  
initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de

**Initiative Kritische Ökonomik**  
kritische-oekonomik.de

**Halkyonische Assoziation**  
für radikale Philosophie, www.harp.tf

**AK Kritische Jurist\_innen der Uni Frankfurt**  
facebook.com/akjffm – akj-frankfurt@gmx.de

**Hilfskraftinitiative Frankfurt**  
hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net

**Academic Experience Worldwide**  
www.aeworldwide.de

**Goethe's Green Office** – goethesgreenoffice.org

**UTV** – facebook.com/utvfrankfurt  
youtube.com/utvfrankfurt

**Unter\_bau** – Hochschulgewerkschaft, unterbau.org

### SELBSTVERWALTETEN RÄUME DER UNIS

**Random White House**  
randomwhitehouse@riseup.net

**Philo-Café, IG 2.451**

**Café KOZ** Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

**Café Profitratte** Gleimstraße 2, FH Frankfurt

**Campus Trinkhalle, IG Farben Campus**

**Café Kurzschluss, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.**

**Café Anna Blume, IG 0.155**

**TuCa, PEG 1.G 208, IG Farben Campus**

**Fachschaftscafé Jura & WiWi**  
RuW 1.127, IG Farben Campus

### STADTPOLITISCHE INITIATIVEN

**Project Shelter** – www.projectshelter.net

**Stadt für Alle** – www.stadt-fuer-alle.net

**Offenes Haus der Kulturen** – Initiative für die  
Nachnutzung des Studierendenhauses Bocken-  
heim als selbstverwaltetes Zentrum, ohdk.de)

**Initiative Social Hub** – Initiative für ein  
Stadtteilzentrum in Bockenheim, social-hub.cc

### AUTONOME ZENTREN

**IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz**  
zur Zeit ohne Wohnsitz – www.ivi.copyriot.com

**«Faites votre jeu!»** im ehemaligen Polizei-  
gefängnis »Klapperfeld« Klapperfeldstraße 5,  
60313 Frankfurt, – www.klapperfeld.de

**Café ExZess** Leipziger Straße 91,  
60487 Frankfurt – www.cafe-exzess.tk

**AU** in der Au 14-16, 60489 Frankfurt  
www.au-frankfurt.org

**Community Space im NIKA** Im Community  
Space des Hausprojektes NIKA sind regelmäßig  
Veranstaltungen und Ausstellungen.  
Niddastraße 57, 60329 Frankfurt am Main

**Grüne Lunge** am Günthersburgpark, Bedrohte  
Gartenanlage mit politischen & alternativen  
Projekten. Schlinkenweg 60389 Frankfurt a. M.

**Pupille e. V. – Kino in der Uni**  
jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3€,  
Campus Bockenheim, www.pupille.org

**Campusradio DauerWelle** – radiodauerwelle.de

**Centro** – Soziales Zentrum, Alt-Rödelheim 6


# »»100 Jahre Antifaschismus««

Wo faschistische Ideologien, Bewegungen oder Regierungen entstanden, bildete sich auch immer Widerstand. So auch in Italien, wo sich im Juni 1921 die Gruppe Arditi del popolo gründete, um den Terror der faschistischen Schwarzhemden etwas entgegenzusetzen. Sie gilt als erste dezidiert antifaschistische Gruppe, in ihr vereinigten sich Sozialist\*innen, Kommunist\*innen, Anarchist\*innen und Republikaner\*innen. Seitdem sah der antifaschistische Kampf viele Schauplätze: Arbeiter\*innen organisierten sich gemeinsam in der von der KPD ausgerufenen Antifaschistischen Aktion, Jüd\*innen kämpften in Partisanengruppen gegen die Herrschaft des Nationalsozialismus, die Interbrigadist\*innen leisteten internationale Solidarität und versuchten letztlich vergebens die Zweite Spanische Republik zu verteidigen. Auch mit der Kapitulation Nazi-Deutschlands am 08. Mai fand der Kampf gegen den Faschismus nicht sein Ende. Eine konsequente Aufarbeitung der Verbrechen des NS-Regimes hat es weder in der DDR noch in der BRD gegeben. Mangelnde Entnazifizierung führte auch in der Nachkriegszeit zu faschistischen Kontinuitäten in der Politik, Justiz, Polizei, Verwaltung und auch an den Universitäten. In anderen Ländern, wie Spanien oder Portugal, blieben faschis-

tische Regime noch Jahrzehnte an der Macht. Trotz der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs konnten sich noch weitere rechtsextreme Regime etablieren, so etwa in Chile, Brasilien, Argentinien und Griechenland. Die Geschichte des Antifaschismus ist nicht zuletzt auch eine Geschichte vieler Niederlagen.

## Doch wo stehen wir heute?

Rechte Bewegungen und Parteien sind weltweit auf dem Vormarsch und streben die Erringung gesellschaftlicher Hegemonie an. Zugleich machen die Geschehnisse rund um den sogenannten NSU das Ausmaß der Verstrickungen staatlicher Behörden in rechten Terror in aller Härte deutlich. Für Antifaschist\*innen zeigt sich also, dass bei der Bekämpfung rechter Umtriebe kein Verlass auf den Staat ist. Eine Einschätzung, die sich bei dem mittlerweile regelmäßig gewordenen zutage treten rechter Netzwerke innerhalb der Polizei und Bundeswehr nur zu bestätigen scheint. Ein konsequenter Antifaschismus ist damit auf sich allein gestellt. Um wirksam auf diese neuen Bedrohungen reagieren zu können, hat sich auch der antifaschistische Widerstand angepasst. Statt auf den Staat und seine Institutionen zu vertrauen, organisieren sich Anti-



Bitte beachtet dabei die Beschränkung auf 8.000 Zeichen. Eure Beiträge sowie Fragen könnt ihr uns per Mail an [zeitung@asta-frankfurt.de](mailto:zeitung@asta-frankfurt.de) schicken.

faschist\*innen heute in Recherche-Teams und leisten Aufklärung auf eigene Faust. Feministische und migrantische Gruppen bilden eigene Antifa-Strukturen, um sich wirksam vor Übergriffen zu schützen.

Die letzten hundert Jahre bieten zu viele Eckpunkte antifaschistischer Bewegung um sie alle nennen zu können. Zwar bestand der Widerstand gegen faschistische Tendenzen oftmals aus direkten Aktionen, allerdings ist antifaschistische Arbeit immer vielfältig gewesen. Von investigativen Recherchen, Bildungsarbeit, der Auseinandersetzung in Kunst und Kultur, über großen Kampagnen bis hin zu militanten Aktionen war alles vorhanden. Das Ziel war jedoch letztendlich immer eines: Die Selbstauflösung. Antifaschist\*innen kämpften auf unterschiedliche Weise für eine Gesellschaft in welcher ihre Arbeit nicht mehr notwendig wäre. Eine Gesellschaft frei von faschistischer Gefahr und autoritärer Herrschaft.

Die Auseinandersetzung mit der antifaschistischen Geschichte ist nicht bloß historische Betrachtung. Sie ist auch immer ein Verweis auf die Verhältnisse und Möglichkeiten der Gegenwart. Aus ihr lassen sich wertvolle Erfahrungen und Rückschlüsse ziehen.

Es gibt also genug Gründe, dem Antifaschismus eine Ausgabe zu widmen. Hierfür suchen wir Texte, die sich mit der Geschichte und Gegenwart, Theorie und Praxis, sowie allen anderer Erscheinungsformen des Antifaschismus ausein-

andersetzen. Mögliche Themen sind insbesondere:

- Geschichte des Antifaschismus
- Nationalsozialistische Kontinuitäten an der Uni
- Rechte Strukturen in Verfassungsschutz, Polizei und Militär
- Migrantischer Selbstschutz
- Faschismus und Antifeminismus (Bildung von Antifa-Strukturen)
- Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus
- Antifaschismus im globalen Kontext
- Faschismustheorien

Die Liste ist keineswegs abschließend, also schickt uns gerne Vorschläge als Anfrage per Mail. Einen Leitfaden zum Schreiben von Artikeln findet ihr unter:

<https://asta-frankfurt.de/angebote/asta-zeitung/hinweise-fuer-autorinnen>.

Redaktionsschluss ist der 01.07.2021

Eure Beiträge schickt Ihr bitte an [zeitung@asta-frankfurt.de](mailto:zeitung@asta-frankfurt.de)

Wir freuen uns auf Eure Einsendungen!

Thema der nächsten Ausgabe:

# »100 Jahre Antifaschismus«